

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)



Schwerpunktthema: Israel und Palästina

Editorial

Miko Peled, der Sohn eines der führenden Generäle während des sog. Sechstagekrieges, hat in seiner Rede (17.07.14) über ein Schicksal seiner Familie berichtet.

Smadar Elhanan, 13-jährige Enkelin seines Vaters, wurde von zwei jungen palästinensischen Selbstmordattentätern umgebracht (04.09.97). Die Antwort ihrer Mutter auf die Frage nach Rache und Vergeltung öffneten Miko Peled die Augen – sie könnten heute den Menschen in Israel, Palästina und bei uns die Augen öffnen:

„Keine echte Mutter würde wollen, dass so etwas einer anderen Mutter widerfährt. Sprecht mir nicht von Rache. Mutterschaft ist eine vereinende Macht. Sie durchdringt alle Unterschiede, die zwischen uns bestehen mögen.“- „Meine Regierung ist verantwortlich. Meine Regierung trieb die beiden jungen Männer zu einem solchen Grad an Verzweiflung, dass sie sich das eigene Leben nahmen und das Leben anderer, unschuldiger Menschen mit sich nahmen, zu denen ein 13-jähriges Kind gehörte. Die brutale Unterdrückung, unter der die Palästinenser unseretwegen leben müssen, ist die Ursache für das Geschehene. Wenn wir nicht wollen, dass dies geschieht, müssen wir die Unterdrückung aufheben.“

Es wäre viel zu einfach, würde man diese Äußerung einer Israelin jüdischer Herkunft als pro-palästinensisch abtun – sie ist im tiefsten Sinne ebenso pro-israelisch.

Seit 50 Jahren wird Palästina völkerrechtswidrig besetzt. Diese Ausgabe von micha.links erinnert daran.

Christoph Rinneberg und Franz Segbers, Januar 2017

Inhaltsverzeichnis

Zur politischen Debatte

Zeitzeuge der Gründung Israels – Uri Avnery	2
Israelische Apartheid – Amira Hass	3
Bericht über "Breaking the Silence"	4
Selbstbestimmung Palästinas – Martin Beck	4
Es brennt – Jüdische Stimme für Frieden in Nahost	5

Aus dem kirchlichen Bereich

Kairos-Palästina-Dokument (2009)	6
Solidarität mit Israel und Palästina?	
Votum der solidarischen Kirche im Rheinland	8
Evangelicals und Israel	11
Erklärung des ÖRK und der NCK	12
Gemeinsame Botschaft der Bischöfe	13
Mauern überwinden – Marc Braverman	15
50 Jahre israelische Besatzung. Wir dürfen nicht schweigen. - Appell von Christinnen und Christen für einen Frieden durch Gerechtigkeit in Palästina und Israel. Kairos-Palästina-Appell	16

Aus der Partei der LINKEN

Die Linke zu Antisemitismus	17
Kinder in israelischen Gefängnissen – A. Groth	22

Stimmen zur Debatte über Boykott, Desinvestment und Sanktionen

Rolf Verleger, Desmond Tutu, Christian Staffa, Deutschlandweiter Aufruf	24
Impressum	29

Zur politischen Debatte

Uri Avnery

Der Frieden zwischen Israel und Palästina ist möglich!!

Dankrede zur Preisverleihung – 11. Nov. 2013

... Kurz nach dem 1948er-Krieg übernahm eine Gruppe von Ex-Frontsoldaten das Magazin Haolam Hazeh in Besitz. Sie wollten gleichzeitig zwei Revolutionen damit durchführen: eine politische und eine journalistische. In der politischen Arena wiesen wir das Regime von David Ben-Gurion in unsern neuen Staat komplett zurück. Nicht nur auf einem Gebiet, sondern auf allen Gebieten. Wir wiesen sein ganzes Modell zurück. Wir wollten ein anderes Modell.

Wir wiesen seine Definition von Israel als einem "jüdischen Staat" zurück. Wir wollten einen israelischen Staat. Einen Staat, der im Lande verwurzelt war. Ein Staat, der seinen Bürgern gehört.

Wir wiesen Ben-Gurions Haltung gegenüber der arabischen Welt zurück. Wir sagten, dass eine palästinensische Nation existiert, mit der wir Frieden machen müssten, und dass ein Staat Palästina entstehen müsse. Heutzutage nennt man dies die "Zwei-Staatenlösung".

Wir wiesen seine soziale Agenda zurück. Wir wollten eine Politik der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität.

Wir wiesen die Rolle zurück, die er der Religion im Staat einräumte. Wir wollten eine vollständige Trennung von Staat und Religion.

Wir wiesen die geringschätzige und diskriminierende Haltung gegenüber neuen jüdischen Einwanderern aus islamischen Ländern zurück.

Wir wiesen die rassistische Haltung gegenüber der arabischen Minderheit im Staat ab. Und so weiter.

Alle diese Meinungen waren reine Ketzerei, in totaler Opposition zum herrschenden nationalen Konsens.

Dies schuf ein Problem.

(dt. Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)

Uri Avnery, geb. 10. September 1923 in Beckum, ist ein israelischer Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist, war in drei Legislaturperioden Parlamentsabgeordneter in der Knesset (1965–1969, 1969–1973 und 1977–1981).

Amira Hass

Was bedeutet israelische Apartheid?

... Was meinen jene, wenn sie von "Israelischer Apartheid" sprechen? Eindeutig meinen Sie nicht den offiziellen und allgemein biologischen Rassismus, der in Südafrika herrschte. Da gibt es keinen Mangel an rassistischer und arroganter Haltung hier, mit ihren religiös-biologisch verbundenen Untertönen, aber wenn jemand unsere Krankenhäuser besucht, kann man Araber und Juden unter den Ärzten und Patienten finden. In dieser Hinsicht sind unsere Krankenhäuser der gesündeste Teil unserer Gesellschaft.

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

Diejenigen, die von "israelischer Apartheid" sprechen, beziehen sich auf die Philosophie der "getrennten Entwicklung", die im alten Südafrika (SA) vorherrschend war. Dies war ein Euphemismus für das Prinzip der Ungleichheit, der absichtlichen Trennung von Bevölkerungen, dem Verbot von Mischehen und die Verdrängung der Nichtweißen vom Land und seinen Ressourcen zu ihrem Nutzen, dem Nutzen der Herren des Landes. Selbst wenn hier Dinge aus Sicherheitsgründen mit Gedanken an Auschwitz und dem von Gott verheißenen Land verhüllt werden, wird unsere Realität von derselben Philosophie beherrscht:

Von Gesetzen und der Gewalt der Waffen.

Was z.B.? Es gibt zwei Rechtssysteme in der Westbank, ein ziviles für die Juden in den Siedlungen, und ein militärisches für die Palästinenser. Es gibt zwei getrennte Infrastrukturen, die Straßen, den Strom und das Wasser einschließen; die überlegene Infrastruktur und sich ausdehnende für die Juden, während die minderwertige und schrumpfende für die Palästinenser ist. Es gibt lokale Örtlichkeiten, ähnlich den Bantustans in SA, in denen die Palästinenser begrenzte Selbstherrschaft haben. Es gibt seit 1991 ein System von Reisebeschränkungen und Genehmigungen, gerade als solch ein System in SA abgeschafft wurde. Heißt das, dass nur noch auf der Westbank Apartheid besteht?

Nein, überhaupt nicht, es besteht im ganzen Land vom Meer bis zum Jordanfluss. Es herrscht in diesem einen Land vor, in dem zwei Völker leben und von einer Regierung beherrscht wird, aber von einem Volk regiert wird, das die Zukunft beider Völker bestimmt. Die palästinensischen Städte und Dörfer ersticken, weil sie bewusst von Israel einengend geplant werden, genau wie in der Westbank.

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter
umschmieden zu Pflugscharen und ihre
Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird
mehr gegen das andere das Schwert
erheben, und sie werden den Krieg nicht
mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Aber Palästinenser, die israelische Bürger sind, nehmen an der Wahl der Regierung teil – in SA nehmen sie nicht teil. Das stimmt. Die beiden Situationen sind ähnlich, aber nicht identisch. Arabische Bürger wählen hier, aber werden nicht zu entscheidungsmachenden Prozessen zugelassen, die mit ihrem Schicksal zu tun haben. Es gibt noch einen Unterschied. In SA gibt es noch eine wesentliche Komponente des Systems:

Ein dichtes Überschneiden zwischen Rasse und Klasse.

Mit der Ausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse im Interesse des Kapitals der Weißen. Das israelische Kapital hängt nicht von palästinensischen Arbeitern ab, auch wenn billige palästinensische Arbeiter eine große Rolle in der schnellen Bereicherung auf verschiedenen Sektoren in Israels Gesellschaft nach dem Krieg von 1967 spielen. SA hat vier ethnische Gruppen (Weiße, Schwarze, Farbige und Inder). Jede besetzt, einen besonderen Rang auf der Leiter der Ungleichheit, um die Privilegien der weißen Bevölkerung zu behalten. Die weiße Rasse, Engländer und Afrikaner(Buren) waren als eine Nation definiert, trotz der großen Unterschiede zwischen ihnen; während die Schwarzafrikaner in mehrere Stammesnationen aufgeteilt waren. Das sichert ab, dass die Weißen die größte Gruppe war.

Aber auch die Juden haben Unterteilungen und Diskriminierung? Entsprechend dem Ursprung

(europäische Juden gegen arabische Juden), dem Wohnort (Zentrum gegen die Peripherie), Veteranen gegen Neuankömmlinge, oder je nachdem, wo man beim Militär diente. Jedoch, verglichen mit den Palästinensern, haben sogar die kriminellsten gegen die heruntergekommensten Juden mehr Rechte als die Palästinenser, die zwischen dem Meer und dem Fluss leben. Zum Beispiel das Rückkehrrecht wendet sich an Juden ganz gleich, welchen Ursprung sie haben – aber nicht an Palästinenser, auch nicht an jene, deren Eltern dort geboren wurden, aber jetzt im Exil leben. Ähnlich ist es, dass Juden ihren Wohnort frei wählen können. Irgendjemand aus Tel Aviv kann in die Westbank ziehen (In Siedlung). Aber ein Palästinenser aus Bethlehem kann nicht in die Küstenregion ziehen.

Die Leiter der Ungleichheit hat getrennte Ränge für Bewohner des Gazastreifens, der Westbank, Ostjerusalems und für die, die in Israel leben. Diese Gruppen leiden an den verschiedenen Graden der Verletzungen der Menschen- und Zivilrechten.

Da gibt es verschiedene Annäherungen an die Zone C in der Westbank für drusische Bürger, für Beduinen Palästinenser, Christen und Muslimen. Jede Bürokratie, die solch peinlich genaue Unterteilungen und Klassifizierungen schafft, wird vom Prinzip der Ungleichheit geleitet, bei der eine hegemoniale Gruppe gewinnt.

Gibt es eine Hoffnung? ... Mandela war ein großer Vergeber/Versöhner. Peres spielte eine große Rolle bei der Sicherheit und bei den wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Israel und dem rassistischen Regime in SA und seinen Pro-Nazi-Gründern. Als einer der Gründungsväter des Siedlungsunternehmens in der Westbank und der Initiatoren der "funktionalen Lösung"; er trägt eine große Verantwortung für die Politik der "getrennten Entwicklung", die hier vorherrscht.

(dt. u.gekürzt: Ellen Rohlf) – Aus: Haaretz, 09.12.13

Amira Hass, israelische Journalistin, die im palästinensischen Ramallah lebt und von dort aus berichtet.

micha.links

Christoph Rinneberg

Breaking the Silence –

Kernaussagen des gleichnamigen Buches:

Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten

Im Juni 2004 stellten knapp 60 ehemalige Soldaten der israelischen Verteidigungsarmee (Zahal) in einer Ausstellung schriftliche Augenzeugenberichte und Fotografien aus ihrem Wehrdienst im besetzten Hebron aus, der Anfang der Gründung der Organisation "Breaking The Silence" – Schowrim Schtika. Sie hat über 800 Interviews mit Soldatinnen und Soldaten durchgeführt, gesammelt und dokumentiert, die seit dem Ausbruch der 2. Intifada (Sept. 2000) in der israelischen Armee gedient haben. Das Buch enthält repräsentativ 146 Berichte von 106 soldatischen Augenzeugen, Mannschafts- und Offiziersdienstgraden. Ehemalige Armeeingehörige haben die Berichte überprüft und den Augenzeugen die Anonymisierung zugesichert.

In seinem Vorwort erläutert **Avi Primor** das Phänomen des Gruppenzwangs in einer Armee: In der Regel wollen alle Soldaten so gehorsam (und damit unauffällig) sein wie die anderen und einen davon abweichenden Weg nicht alleine gehen. Es gehört Mut, ja, Zivilcourage dazu, gegen den allgegenwärtigen mainstream in Gesellschaft, Politik und erst recht gegen die im Militär herrschende Gangart Stellung zu beziehen. Den Männern und Frauen von "Breaking the Silence" geht es um nichts anderes als um die Menschenrechte (für alle) und damit um das Überleben ihres Staates Israel. Denn dies sind für sie zwei Seiten derselben Medaille.

Dem Anliegen des Buches entsprechend geht es um die Darstellung der tatsächlichen Wirkungen der medial vermittelten israelischen Politik – und damit um deren Decodierung. Wesentliche Aussagen hierzu sind:

1. In den Jahren nach der 2. Intifada hat es reale Bedrohungen und Terroranschläge gegeben, auf die der israelische Sicherheitsapparat reagieren musste.
2. Die israelischen Aktivitäten dienten jedoch keineswegs nur der Verteidigung sondern resultierten aus einer im Grunde offensiven Politik.
3. Seit dem 6-Tage-Krieg ist offenkundig: Die israelischen Politik dient i.W. nicht dem Erhalt des status-quo sondern der permanenten Veränderung des status-quo.
4. Der fast harmlos klingende Begriff der Siedlungen ist in Wirklichkeit ein hartes Instrument der Landaneignung, der Kolonisierung im Interesse eines jüdischen Staates.
5. Wenn in diesem Staat Palästinenser "nichts zu suchen haben", muß man sie zunächst durch intensives Kontrollieren Beherrschen und dadurch schließlich zum

Verlassen zwingen.

6. Die Palästinenser beugen sich einer militärischen Übermacht, die ihre besondere Schlagkraft durch enge Kollaboration mit den Siedlern erfährt.

7. Die Zerstückelung palästinensischen Landes führt zwangsläufig zu einem Auseinanderbrechen der palästinensischen Gesellschaft.

8. Auf beide Weisen werden einer palästinensischen Unabhängigkeit systematisch die materiellen und die sozialen Grundlagen entzogen.

9. Die zu Worte kommenden Soldatinnen und Soldaten sind nicht nur Zeugen der herrschenden Politik und ihrer Durchsetzung, sondern auch Zeugen der Verschleierung dieser Politik.

Auszug aus dem in der Darmstädter Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gehaltenen Vortrag

Darmstadt, 09.11.2013

Titel der englischsprachigen Ausgabe (2012):

Our harsh logic – Israeli Soldiers' Testimonies from the Occupied Territories, 2000 – 2010. Titel der hebräischen Originalausgabe (2010): Kibush HaStachim

Martin Beck

Der palästinensische Kampf um Selbstbestimmung

Die verheerende arabische Niederlage im Junikrieg 1967 zerstörte die Vision einer panarabischen "Lösung" des Nahostkonflikts, ermöglichte aber zugleich die Emanzipation der 1964 unter Gamal Abdel Nassers Vormundschaft gegründeten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Unter ihrem Vorsitzenden Jassir Arafat gelang es der PLO 1974, von der Arabischen Liga als "einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes" anerkannt zu werden und über einen Beobachterstatus Aufnahme in die Vereinten Nationen zu finden. Zwar hatte die PLO keine Chance, auf israelischem Territorium Fuß zu fassen, sie verstand es aber, Schwächen der Regime in den besetzten Gebieten und den Nachbarstaaten Jordanien und Libanon zu nutzen.

... Zudem setzte Arafat gegen erhebliche Widerstände innerhalb seiner Organisation 1988 eine Staatsproklamation durch, in deren Rahmen Israel in den Grenzen von 1949 anerkannt wurde. So wurde der Weg für von den USA unterstützte israelisch-palästinensische Verhandlungen in Madrid 1991 geebnet. Da die palästinensische Delegation aus Repräsentantinnen und Repräsentanten der besetzten Gebiete bestand, drohte der Exil-PLO allerdings ein Kontrollverlust. Doch in den Osloer

Geheimverhandlungen 1993 und dem aus ihnen resultierenden Verhandlungsprozess übernahm Arafat wieder klar die politische Führung der Palästinenserinnen und Palästinenser, die davon aber kaum profitierten. Die Osloer Vereinbarungen verpflichteten Israel lediglich, sein Militär aus den palästinensischen Bevölkerungszentren abzuziehen. Jenseits dieses Zugeständnisses wurde die israelische Besatzung keinen wesentlichen Einschränkungen unterworfen, sodass die jüdische Besiedlung des Westjordanlandes und Ostjerusalems, das vollständig unter staatlicher Kontrolle Israels verblieb, fortgeführt werden konnte. Darüber hinaus kontrollierte Israel die Mobilität von Menschen und Waren innerhalb der besetzten Gebiete und an deren Außengrenzen.

Als sich die sozioökonomischen und politischen Lebensbedingungen in den besetzten Gebieten kontinuierlich verschlechterten, schwand die ursprünglich hohe Legitimität Arafats, während die wichtigste Oppositionspartei, die Hamas, an Rückhalt gewann. Schließlich wurde der Osloer Prozess "von unten" durch die *al-Aqsa-Intifada* im Jahre 2000 aufgekündigt. Um seinen innenpolitischen Niedergang zu bremsen, ließ Arafat die Teilnahme der von ihm geführten PLO-Fraktion Fatah an der *Intifada* teilweise zu und setzte die im Osloer Vertragswerk geschaffenen Institutionen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) nur halbherzig ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Damit verlor er aus israelischer und amerikanischer Sicht jedoch seine Funktion und wurde durch israelische Militäroperationen und die Belagerung seines Amtssitzes weitgehend entmachtet.

... Alle von den USA im 21. Jahrhundert initiierten israelisch-palästinensischen Verhandlungen waren zum Scheitern verurteilt: Israel ließ sich von der in bilateralen Verhandlungen hoffnungslos unterlegenen PLO keine innenpolitisch unpopulären Kompromisse abringen. Die von Abbas seit 2011 verfolgte Strategie einer unilateralen Staatsbildung brachte der PLO zwar Verbesserungen ihres diplomatischen Status im internationalen System ein, von der virtuellen Staatlichkeit profitierte aber nur die politische und diplomatische Klasse. Die Chancen, dass das palästinensische Volk in absehbarer Zeit das Recht auf Selbstbestimmung erhält, stehen hingegen schlecht.

Israel hat seine Macht effektiv eingesetzt, um ein Besatzungsregime zu konsolidieren. Die Fatah und die PA unter Führung Mahmud Abbas', andere PLO-Fraktionen und die Hamas haben es angesichts der Machtfülle Israels nicht vermocht, realistische Alternativen zu entwickeln. Gleichzeitig erscheinen die Erfolgchancen gesellschaftlichen Widerstandes gering: Die von Exil-Palästinensern und -Palästinenserinnen getragene und von Teilen der globalen Linken unterstützte BDS-Bewegung (*Boycott, Divestment, Sanctions*) ist dem mit den USA und weiten Teilen Europas gut vernetzten Israel machtpolitisch ebenso unterlegen wie die durch den "Arabischen Frühling" inspirierten, sporadisch aktiven sozialen Bewegungen

im Westjordanland.

Martin Beck ist Professor am Centre for Contemporary Middle East Studies der Süddänischen Universität Odense. Aus:

Informationen zur politischen Bildung Nr. 331/2016

micha.links

Eine jüdische Stimme: Es brennt, Brüder und Schwestern, es brennt ...

Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (JS) wurde 2003 in der Bundesrepublik gegründet, um gemeinsam mit jüdischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen anderer Länder und Kontinente gegen die in Israel – vorgeblich im Interesse "aller Juden der Welt" – praktizierte rassistische Politik gegenüber Palästinensern aufzustehen. Seitdem erklären wir als Juden und Jüdinnen öffentlich und demonstrativ: "Nicht in unserem Namen!"

Das Selbstverständnis aller Regierungen Israels seit Staatsgründung, das zweierlei Rechtsstandards für jüdische und nicht jüdische Bürger und Bürgerinnen, vor allem aber Gesetze des Ausschlusses und der Benachteiligung von christlichen und muslimischen Einheimischen kennt, macht Palästinenser und Palästinenserinnen de jure zu Menschen zweiter Klasse. Wir lehnen diese Apartheidgesetze, die sowohl in den von Israel seit dem Junikrieg 1967 besetzt gehaltenen Gebieten als auch innerhalb der international anerkannten Landesgrenzen geltend gemacht werden, moralisch und politisch ab. Wir haben die JS in Deutschland gegründet, um nicht zuletzt hierzulande für einen gerechten Frieden in Nahost zu werben und von den Bundesregierungen zu fordern, Israel zur Einhaltung der internationalen Rechtsstandards zu bewegen. Israel muss zur Abkehr von einer illegalen

Besatzungs-, vor allem aber von einer rassistischen Ausgrenzungs- und Unterdrückungspolitik gegenüber Palästinensern bewegt werden. Nötigenfalls durch die Androhung oder den Einsatz diplomatischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Sanktionen, wie sie gegenüber anderen Ländern, die sich völkerrechtlicher Verstöße schuldig machen, gang und gäbe sind.

Unsere Stellungnahme gegen jede Form von Rassismus haben wir seit Anbeginn nicht auf Palästina/Israel beschränkt. Zu frisch sind immer noch die Erinnerungen an antijüdische Pogrome der Ausgrenzung, Vertreibung, des Mordes und Totschlags im christlichen Europa der vergangenen Jahrhunderte, die als antisemitische Ausprägung des kolonialen Rassismus im Dritten Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945 zum industriell betriebenen Genozid an unseren Vorfahren perfektioniert wurde. Die Lehre und die Konsequenz, die wir bei Gründung der JS als Juden und Jüdinnen aus dem Holocaust zogen, lautete daher: Kampf dem Rassismus, wo Du auf ihn triffst!

Wir stehen gegen die rassistische Ghettoisierung des palästinensischen Gaza sowie die illegale Unrechtspolitik der israelischen Regierung im besetzten Westjordanland, die Siedler, Soldaten und sonstige Rassisten dort ermutigt, palästinensische Häuser anzuzünden und schlafende Familien bei lebendigem Leibe zu verbrennen, Kinder zu knebeln oder zu erschießen, schwangere Frauen an Grenzkontrollstellen den Durchgang zur Entbindungsstation zu verweigern.

Wir stehen gleichermaßen gegen die rassistische Asyl- und Migrationspolitik der bundesdeutschen Regierung sowie gegen das – in großen Teilen aus der Zeit des NS-Regimes stammenden – deutsche Ausländer (Un-)Recht, die alles in allem gewalttätige Übergriffe auf unschuldige Menschen motivieren. Wie konnte es dazu kommen, dass vor dem historischen Hintergrund der unmenschlichsten Konzentrationslager der Nationalsozialisten Asylsuchende in der Bundesrepublik jahrzehntelang nur in Lagern unterkommen durften? Wie sind jene "Unterkünfte für Unerwünschte" zu rechtfertigen, die sich oftmals in Wäldern fernab von jeder Urbanität gelegen als Zielscheibe für Anschläge geradezu anboten? Die von den Mitgliedsstaaten der EU, darunter die Bundesrepublik, absichtsvoll geplante, beschlossene und durchgesetzte Ausgrenzungspolitik, die alle Fluchtwege nach Europa verplombt, auf Abschreckung setzt und folglich seit Jahren in Kauf nimmt, dass Zehntausende Menschen auf der Suche nach politischem Schutz und einer materiellen Existenzmöglichkeit regelrecht krepieren, ist doch an rassistischer Unmenschlichkeit nicht zu überbieten.

In Deutschland brennen wieder Menschenunterkünfte und Menschen. Von mehr als 300 Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünften ist die Rede. Eine menschenverachtende Abschreckungspolitik der Regierung ermutigt auch hierzulande Bürger und

Bürgerinnen, die offiziell als "unerwünscht" gebrandmarkten, in Selbstjustiz gewalttätig abzuweisen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die JS an die Seite der antirassistischen und menschenrechtspolitischen NGOs sowie der vielen Gruppen und Einzelpersonen, die sich aktiv mit den Ausgegrenzten solidarisieren. Gemeinsam fordern wir eine Asyl- und Migrationspolitik, die dem Wohle der Menschen, ganz gleich welcher Herkunft, verpflichtet ist und nicht der Sicherung von Grenzen, Wohlstand und Privilegien als Gunst des rechten Orts der Geburt.

Die JS fordert von der bundesdeutschen Regierung und der EU-Kommission ein europäisches und mithin auch bundesdeutsches Bürgerrecht, das die Würde aller hier lebenden Menschen festschreibt sowie eine Asyl- und Migrationspolitik, die vom Gedanken der Solidarität und des Teilens bestimmt ist. Es muss legale Fluchtwege nach Europa geben und eine angemessene rechtliche Regelung der Einwanderung!

Es brennt Brüder und Schwestern, es brennt.

Wir werden nicht abwartend zuschauen. Zusammen mit anderen, stellen wir uns entschlossen den feigen, nachts marodierenden Brandstiftern entgegen.

Kein Heim, kein Mensch oder auch nur sein Hab und Gut darf mehr in diesem Lande angezündet werden! Niemals!

Aus: <http://www.juedische-stimme.de/?p=1829>

Aus den Kirchen:

Das Kairos-Palästina Dokument (2009)

(Zusammenfassung)

Eine Gruppe palästinensischer Christinnen und Christen (siehe die Liste) hat im Auftrag der großen christlichen Kirchen und kirchlichen Organisationen im besetzten palästinensischen Gebiet und in Jerusalem im Dezember 2009 ein theologisches Papier zur gegenwärtigen Situation des palästinensischen Volkes veröffentlicht, das hier kurz zusammengefasst wird (Die Kapitelüberschriften entsprechen dem Originaltext.)

Einführung

Die Autorinnen und Autoren schreiben dieses Dokument aus dem Wissen um die Ausweglosigkeit ihrer Situation als Palästinenser. Sie wenden sich an die Glieder ihrer eigenen Kirchen, an die religiöse und politische Führung ihres Volkes, an die palästinensische und die israelische Gesellschaft, an die Weltgemeinschaft und an alle gläubigen Christen und Christinnen der Welt.

1. Die Realität

Im ersten Teil des Dokumentes beschreiben sie die Ursachen ihres Freiheitsverlustes: die Zerteilung des palästinensischen Landes durch die Trennmauer, die Blockade des Gazastreifens, die israelische Kontrolle über Wasser und Ackerland, tägliche Demütigung durch Militärposten, Trennungen innerhalb der palästinensischen Familien sowie die Einschränkung des Zugangs zu den religiösen Stätten. Die Situation der Flüchtlinge in den Lagern und der Gefangenen in israelischen Gefängnissen gehören ebenso zur Realität, in der Palästinenser leben müssen. Auch die palästinensische Bevölkerung Jerusalems leidet unter der israelischen Politik: Sie werden weiterhin aus der Stadt verdrängt und diskriminiert, Häuser werden enteignet oder zerstört. Die Missachtung des Völkerrechts und internationaler Resolutionen von israelischer Seite, die Untätigkeit der arabischen Welt und der Weltgemeinschaft wird bedauert, wie auch das Problem der Emigration.

Dass Israel angesichts dieser Lage seine Besatzung als Selbstverteidigung deklariert, stellt aus Sicht der Autorinnen und Autoren die Realität auf den Kopf, da es oh-ne die Besatzung auch keinen Widerstand gäbe. Die unterschiedlichen Reaktionen der Palästinenser auf die israelische Politik, die sich zwischen dem Wunsch nach weiteren Verhandlungen einerseits und Gewaltbereitschaft andererseits bewegen, politische Spaltungen in-nerhalb der Palästinenser und die Abtrennung Gazas verschärfen die Situation. Diese Probleme werden noch gefördert durch die internationale Missachtung der Wahlergebnisse des Jahres 2006. Weiterhin beklagen die Autoren, dass das Land durch die permanenten israelischen Siedlungsaktivitäten eher zu einem Instrument des Hasses" als zu einer "Quelle des Lebens" wird.

2. Ein Wort des Glaubens

Der zweite Teil konzentriert sich auf die Haltung der Verfasser/innen zu ihrem christlichen Glauben. Im Wissen um die Einheit von Altem und Neuem Testament betonen sie die Bedeutung ihres Landes für die Propheten wie auch für Jesus Christus. Die Bibel ist

für sie ein lebendiges Wort", das den Gläubigen im jeweiligen Lebenszusammenhang Gottes Wort offenbart.

Palästina/Israel hat hierbei einen " universalen Auftrag", da nach der Überzeugung der Verfasser/innen die biblische Verheißung des Landes und die Erwählung des Volkes ein "Auftakt zur vollständigen universellen Erlösung" gewesen sei. Das Lebensrecht der christlichen und muslimischen Palästinenser in ihrem Land sei ebenso gültig wie das eines jeden Volkes. Das Unrecht, das den Juden in Europa geschehen sei, habe durch ihre Ansiedlung im heutigen Israel/Palästina neues Unrecht hervorgebracht.

Die Verfasser verwahren sich insbesondere gegen Deutungen der Bibel, die darauf hinauslaufen, exklusiv den Juden aufgrund der Bibel ein "verheißenes Land" zuzusprechen und es den Palästinensern aus demselben Grund abzusprechen. Sie lehnen den Gebrauch der Bibel zur Legitimierung von Unrecht ab und bezeichnen die Besatzung als "Sünde", da sie die Ebenbildlichkeit Gottes im Menschen sowohl bei Israelis als Besitzern wie auch bei Palästinensern als Besetzten entstelle.

3. Hoffnung

Obwohl die Situation der Palästinenser in vielfältiger Weise eine Wirklichkeit von "Vernichtung" ist, gibt es in den Augen der Verfasser/innen Anlässe zur Hoffnung: ökumenische Treffen, aktive lokale Gemeindegarbeit, wachsende interreligiöse Dialogbereitschaft zwischen christlichen und muslimischen Gläubigen, die Erinnerung über Generationen hinweg an die Katastrophe der palästinensischen Geschichte ("Nakba") und Stimmen aus allen politischen – auch israelischen – Richtungen für Gerechtigkeit. Die Kirche muss hier aktiv werden. Keine Kirche darf ein ungerechtes politisches System begünstigen.

4. Liebe

Auch wenn das Liebesgebot Jesu ernst genommen wird, das "das Antlitz Gottes in jedem Menschen" erkennen lässt, muss Aggression des anderen nicht hingenommen werden. Das Gebot der Nächstenliebe wird hier so gedeutet, dass der Aggression Einhalt zu bieten ist. Hierfür sind zunächst die Palästinenser verantwortlich, weiterhin jedoch auch die Weltgemeinschaft. Dies ist für Christen ein Recht und eine Pflicht. Der Widerstand muss lebensfördernd, im Liebesgebot begründet sein, mit Methoden, die "dem Grundsatz der Liebe entsprechen"; ein Widerstand, der nicht Tod bringen, sondern Leben schützen soll. Als eine Möglichkeit erwähnen die Verfasser/innen den Boykott israelischer Produkte aus den besetzten Gebieten. Die Autorinnen und Autoren appellieren an das israelische Volk, gegen die Spirale der Gewalt anzugehen.

5. Wort an die Brüder und Schwestern (im Land)

Nach einem Bekenntnis zur aktiven Friedensarbeit bedauern die Verfasser/innen das Schweigen der Kirchen zum Unrecht, das dem palästinensischen Volke angetan wurde, und appellieren an alle Christen, im Geist der Liebe am Widerstand teilzunehmen. Sie fordern die Muslime auf, dem Extremismus eine Absage zu erteilen, und bitten ebenso eindringlich die restliche Welt, die Brandmarkung von Muslimen als Terroristen zu beenden. Die Juden fordern sie auf, die gegenseitigen Feindseligkeiten zu beenden. Und sie bekunden die Bereitschaft zu einem Zusammenleben in Gerechtigkeit, wenn einmal die Besatzung beendet ist.

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter
umschmieden zu Pflugscharen und ihre
Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird
mehr gegen das andere das Schwert
erheben, und sie werden den Krieg nicht
mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

6. Wort an die Kirchen der Welt

Um dem israelischen und dem palästinensischen Volk Frieden zu bringen, sind die Kirchen aufgerufen, sich an die Seite der Unterdrückten zu stellen und für deren Befreiung einzutreten. Die palästinensischen Christen bitten um Besuche, um die Realität zu sehen und um als Pilger zu beten. Sie bitten ferner darum, keinen "theologischen Deckmantel" für das Unrecht an den Palästinensern zu bieten. Der Appell gegen Antisemitismus und Islamophobie gilt auch den Kirchen. Sie sollten prüfen, ob nicht Boykottmaßnahmen und der Rückzug von Investitionen als gewaltlose Maßnahmen auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit dienen könnten.

7. Wort an die internationale Gemeinschaft

Die Verfasser/innen verurteilen die internationale "Doppelmoral", die es Israel erlaubt, internationale Resolutionen zu ignorieren.

8. An die jüdische und an die muslimische religiöse Führung

Die Verfasser/innen fordern die religiösen Führer auf, die Menschenwürde – und nicht politische Positionen – zur Grundlage ihres Handelns zu machen.

9. Ein Appell an das palästinensische Volk und an die Israelis

Im folgenden Zitat erkennt man die Grundidee dieses Appells: "Wir appellieren an beide, die religiösen Juden und die religiösen Muslime: Macht den Staat zu einem Staat für alle seine Bürger und Bürgerinnen, der auf Achtung der Religion, aber auch Gleichberechtigung, auf Gerechtigkeit, auf Freiheit sowie auf die Respektierung des Pluralismus gegründet ist, und nicht auf die Herrschaft einer Religion oder einer zahlenmäßigen Mehrheit." (9.3) Am Beginn aller Verhandlungen sollte die Stadt Jerusalem stehen, in der als "heiliger Stadt" zwei Völker und drei Religionen leben. Eine Lösung hier könnte eine "Quelle der Inspiration" für den Gesamtkonflikt werden.

10. Hoffnung und Glaube an Gott

"Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus. Wir glauben an Gott, an den gütigen und gerechten Gott."

*Quelle: Arbeitsgruppe Ökumenisches Friedensgebet
Bergisch Gladbach; Abdruck mit freundlicher
Genehmigung*

Solidarische Kirche im Rheinland:

Solidarität der evangelischen Kirchen mit Israel und Palästina?

1. Der Staat Israel – ein "Zeichen der Treue Gottes"?

Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) bekräftigte 1980 mit ihrem Synodalbeschluss nicht nur ihre Verbundenheit mit dem Judentum, sondern auch mit dem Staat Israel, der 1948 unter dem Eindruck der Naziverbrechen gegründet wurde und sich in seiner Unabhängigkeitserklärung verpflichtet hatte, die UN-Charta zu respektieren.

Im selben Jahr beschlossen die UN die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Für die evangelischen Kirchen in Deutschland ist die Frage nach den Menschenrechten und nach dem Völkerrecht weithin kein Kriterium, wenn es um Israel/Palästina geht. So auch für Gerhard Gronauer, der die Stellung des deutschen Protestantismus zum Staat Israel seit 1948 untersuchte. Seine Fragestellung und seine Kriterien laufen darauf hinaus, ob sich die Kirche proisraelisch oder propalästinensisch geäußert hat. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter und Kirchentagspräsident Helmut Simon sprach mehrfach von "Rechtsvergessenheit im Protestantismus".

Beispielhaft für diese Rechtsvergessenheit ist der Rheinische Synodalbeschluss, wonach die Errichtung des Staates Israel sowie dessen fortdauernde Existenz "Zeichen der Treue Gottes" seien, so wie Karl Barth die Geschichte des Judentums ein "Zeichen der Treue Gottes" nannte. Auch die EKD-Studie "Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion" (2012) bekennt sich am Schluss dazu, dass man die Gründung des Staates Israel als ein "Zeichen der Treue Gottes" deuten könne. Das hätte allerdings zur Folge, dass die Vertreibung von 750.000 Palästinensern (Nakba) ein von Gott legitimes Handeln gewesen wäre. Peter Bingel und Winfried Belz sind einer theologisch und politisch unverantwortlichen Gleichsetzung von biblischem Volk Israel mit dem Staat Israel entgegengetreten.

Obwohl 1980 der völkerrechtswidrige sogenannte Siedlungsbau bereits in vollem Gange war, äußerte sich die Synode dazu in ihrem Beschluss mit keinem Wort. Auch in der EKiR-Erklärung "Den Synodalbeschluss weiterdenken" (2008) findet sich dazu nichts grundlegend Neues, obwohl sich inzwischen die Palästinenser 1988 in der ersten und 2000 in der zweiten Intifada gegen die israelische Besatzung erhoben hatten. Im Dezember 2009 veröffentlichten palästinensische Christinnen und Christen die Kairos-Erklärung: Die Stunde der Wahrheit. Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens [!] der Palästinenser und Palästinenserinnen. Sie folgt im Aufbau dem Schema ökumenischer Ethik: Sehen (Realität der Besatzung) – Urteilen (Glaube, Hoffnung, Liebe) – Handeln (Aufforderung an Christen, Muslime, Juden, Weltgemeinschaft zur Solidarisierung durch Boykott, De-Investment und Sanktionen).

Statt diesen Hilferuf ernst zu nehmen und die Frage zu beantworten, in welcher Weise die deutschen Kirchen bereit sind, die PalästinenserInnen bei ihrem Existenzkampf zu unterstützen, kritisierte die EKD, die sich einer Stellungnahme der Evangelischen Mittelostkommission (EMOK) anschloss, das Dokument theologisch, ohne die befreiungstheologische Dimension dieser Erklärung zu würdigen.

Anders dagegen die Stellungnahme des Theologischen Arbeitskreises in Ostfriesland (Emden 31.1.2013): "Neige deine Ohren zu mir, höre meine Rede!" (Ps 17,6). Zum Umgang mit dem Kairos-Dokument der Christinnen und Christen in Palästina.

Die EKiR gab 2011 statt einer Erklärung zum Kairos-Dokument einen "Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina" heraus, in dem sie ausdrücklich an ihrem Beschluss von 1980 festhält. Anders als die palästinensischen Christen und Christinnen setzt sie nicht kontextuell bei der Realität der Besatzung ein, sondern beginnt mit dem fundamentalen theologischen Grundsatz, dass die "fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel" sowie seine "fortdauernde Existenz ... Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind". Sie folgert daraus, dass wir zur Solidarität mit dem Staat Israel verpflichtet seien, die dann differenzierter beschrieben wird.

Bei den Stellungnahmen der Landeskirchen zu dem Dokument, die der EKD-Erklärung ähnlich sind, ist besonders misslich, dass sie in der Regel von den Beauftragten für christlich-jüdischen Dialog verfasst wurden, obwohl 98 % der Palästinenser Muslime sind. In Israel/Palästina und besonders in Jerusalem treffen drei Religionen zusammen. Daher ist es schwierig, sich in diesem Konflikt auf Heilige Schriften einer Religion zu beziehen oder eine der Konfliktparteien mit religiösen Begründungen zu unterstützen.

Darüber hinaus ist unübersehbar, dass der Israel/Palästina-Konflikt ein Kampf um das Land ist und nicht eine religiöse Auseinandersetzung. Erst in den letzten Jahrzehnten, als der Zionismus nach 1967 immer mehr religiöse Formen annahm, wurde von israelischer Seite der religiöse Aspekt in den Vordergrund gestellt.

Auch in ihrem Synodalbeschluss vom Januar 2016 zur Anerkennung eines palästinensischen Staates, der ein Schritt nach vorn ist, thematisiert die EKiR weder die andauernde Besatzung mit den vielfältigen dazu gehörenden Menschenrechtsverletzungen noch die Enteignung palästinensischen Landes oder den Bau der Sperranlage (Mauer) und den Siedlungsbau.

2. Doppelte Solidarität?

Uwe Gräbe, Referatsleiter in der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) Stuttgart, setzt sich für eine doppelte Solidarität mit Israel und Palästina zugleich ein und beschreibt damit die Haltung der EKiR. Wie ist eine Solidarität sowohl mit den Besatzern als auch mit den Besetzten möglich - mit dem Staat Israel, der hochgerüstet mit Kampfjets, Panzern und Drohnen Land entschädigungslos konfisziert, und zugleich mit den Palästinensern, denen das Land geraubt wird und die versuchen, sich mit Steinen und selbstgebaute Raketen zu wehren?

Die deutsche Bundesregierung praktiziert auf ihre eigene Weise eine doppelte Solidarität. Sie liefert

Waffen an Israel, teilweise aus Steuermitteln, und finanziert Hilfsprojekte für die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Ist eine doppelte Solidarität am Ende nichts anderes als ein feiges Sowohl- als-auch? In der Welt der Diplomatie mag eine solche Haltung manchmal unumgänglich sein. Wenn es aber in der Kirche um Wahrheit und Gerechtigkeit geht, kann ein solches Lavieren kein ethisch verantwortbarer Weg sein. Von Desmond Tutu stammt das Dictum: "Wenn du dich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhältst, hast du dich auf die Seite des Unterdrückers gestellt." Im Blick auf kirchliche Dialog- und Friedensgruppen, die sich in Israel/Palästina engagieren, sei daran erinnert, dass er die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika erst begann, nachdem die staatliche Apartheid aufgehoben worden war. Martin L. King war nicht bereit, die Busstreiks in Alabama aufzugeben und mit weißen Vermittlern zu verhandeln, solange das Apartheidsystem fortgesetzt wurde.

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

Voraussetzung für Frieden und Versöhnung ist Gerechtigkeit, d.h. im besetzten Palästina das Ende der Besatzung. Ohne Gerechtigkeit kein Friede, das weiß die Bibel. Die biblische Gerechtigkeit ist nicht die römische Justitia mit verbundenen Augen, sondern eine helfende Gerechtigkeit, die den Unterdrückten zu ihrem Recht verhilft.

Wenn die Kirche ihren Friedensauftrag ernst nimmt, müssen ihr Kompass in diesem internationalen Konflikt die Menschenrechte und das Völkerrecht sein, insofern diese der biblischen Botschaft von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden entsprechen, aber zugleich über die einzelnen Religionen hinausweisen. Die Menschenrechte und das Völkerrecht, zu deren Einhaltung uns das Grundgesetz verpflichtet (Art.1, Art. 25), sind nicht etwas Abstraktes, sie sind nur so viel wert, wie sich Politik und Zivilgesellschaft, auch die Kirche, für ihre Durchsetzung einsetzen.

Sind für die Kirche die Menschenrechte und das Völkerrecht Orientierungspunkte, dann kann sie nicht anders als sich auf die Seite der Palästinenser zu stellen, deren Rechte seit Jahrzehnten massiv verletzt werden, wie Dutzende von UN-Resolutionen, der Internationale Gerichtshof (9.7. 2004), der UN-Menschenrechtsrat,

UNICEF, Amnesty International und sogar das Internationale Komitee vom Roten Kreuz öffentlich wiederholt festgestellt haben.

Dietrich Bonhoeffer schrieb: "Die Kirche ist den Opfern jeder [!] Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet,"

3. Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS)

In der Kairos-Erklärung von 2009 rufen die palästinensischen Christen und Christinnen die Kirchen der Welt dazu auf, sich durch Boykott und Investitionsentzug für die Rechte der Palästinenser einzusetzen. 2005 hatten während des Weltsozialforums in Porto Alegre mehr als 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft den BDS-Aufruf unterstützt.

Aufrufe zum Boykott von Waren aus den völkerrechtlich illegalen Siedlungen waren schon seit Ende der 80er Jahre von israelischen(!) Friedens- und Menschenrechtsorganisationen gekommen. Auch jüdische Organisationen wie Jewish Voice for Peace in den USA, Peace Now in Israel, jüdische Organisationen in Europa, darunter auch die deutsche Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. unterstützen die BDS-Bewegung.

Darum ist es unsinnig, die Boykottbewegung mit dem Aufruf der Nazis gleichzusetzen: "Kauft nicht bei Juden!" Die Nazis wollten mit ihrem Boykottaufruf den Juden in Deutschland die ökonomische Existenz nehmen, ehe sie ihnen später die physische Existenz raubten. Dagegen ist die heutige Boykottkampagne darauf gerichtet, den Palästinensern zu ihren Menschenrechten zu verhelfen. Sie ist gewaltfrei, und sie ist demokratisch, weil sich jeder und jede daran beteiligen kann.

Die Forderungen der BDS-Bewegung werden immer mehr erfüllt. So hat bereits 2010 der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Produkte aus den Siedlungen nicht unter das EU-Präferenzabkommen fallen (Az: C-386/08). 2013 hat der Bundesgerichtshof diese Entscheidung (Az: VII R 6/12) und am 11.11.2015 die EU mit einer Interpretative Note diese Rechtsauffassung bestätigt. Dabei geht es nicht nur um eine Frage der Etikettierung, sondern auch der Kontingentierung von Waren.

Auch in den Kirchen wird der Hilferuf der Palästinenser mehr und mehr gehört. Im Mai 2015 erinnerte Desmond Tutu in einem Schreiben an den Kirchentag die Christen in Deutschland an das Kairos-Dokument und forderte sie auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung nicht länger zum Unrecht schweigt, sondern konkrete Schritte unternimmt, damit die Palästinenser von der Apartheid befreit werden. Der ÖRK empfahl 2009 einen Boykott von Firmen, die an der Lieferung von Sicherheitssystemen für israelische Siedlungen verdienen. Zahlreiche Kirchen der Ökumene haben sich auf verschiedene Weise durch Investitionsstopp oder Boykott unmissverständlich der

BDS-Bewegung angeschlossen, so die Presbyterianische Kirche und die United Church of Christ in den USA und christliche Hilfsorganisationen aus Norwegen Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, Finnland und den Niederlanden. Die Reformierte Kirche in Schottland ist von ihrer früheren Unterstützung Israels abgerückt und tritt nun auch für Boykottmaßnahmen ein. Die gemeinsame Konferenz von US-Kirchen und palästinensischen Kirchen am 19./20. 4. 2016 im Carter-Center in Atlanta rief zwar nicht zu BDS auf, jedoch zu einem verstärkten Einsatz für die Rechte der Palästinenser, die seit fast 50 Jahren unter der israelischen Besatzung leiden. Die deutsche Sektion von Pax Christi ruft mit der Aktion "Besatzung schmeckt bitter" dazu auf, keine Produkte aus israelischen Siedlungen zu kaufen. Die Solidarische Kirche im Rheinland hatte sich 2012 diesem Aufruf angeschlossen und muss heute feststellen, dass er mehr und mehr an Dringlichkeit gewinnt.

Köln, am 6. Juli 2016 –

(Abdruck unter Verzicht auf Fußnoten und Literaturhinweise)

Aus:

file:///C:/Users/Christoph/Documents/Eigene%20Dateien/Ökumene/Ökumene-örtlich/Palästina/SoKiR-Solidarität%20mit%20Israel%20und%20Palästina-16.07.16.pdf

Korrespondenz zu Evangelicals und Israel: Zur Gemengelage im christlich-jüdischen Dialog

Lieber Martin Breidert,

Ihnen und Wilhelm Wille danke ich für Ihre Stellungnahmen zum Dokument "Evangelicals and Israel", das ich übersandt hatte. Aus eigener Sicht möchte ich Folgendes dazu ergänzen:

Der an sich begrüßenswerte christlich-jüdische Dialog treibt merkwürdige Blüten wo es um die "Land-Theologie" und dem Verhältnis zum Staat Israel geht.

Eine Gruppe prominenter Vertreter von mainstream protestantischen Kirchen der USA hat kürzlich ein Schreiben an die Obama-Regierung gerichtet und eine Überprüfung der Richtlinien gemäßen Verwendung der US-Waffenhilfe an Israel gefordert. (Eine Anregung des Kairos-USA.) Daraufhin haben ihre jüdischen Gesprächspartner die im laufenden christlich-jüdischen Dialog, vorgesehenen Gesprächsrunden bis auf weiteres abgesagt

Das christl.-jüd. Verhältnis in den USA wird außerdem dadurch belastet, dass die jüdischen Gesprächspartner sich weigerten, die engen Beziehungen zu den

evangelikalen Christlichen Zionisten aufzugeben, wie von mainstream Protestanten gefordert.

Die Christl. Zionisten in den USA vertreten nicht nur eine "wortgetreue", "bibeltreue" Endzeittheologie (beruhend auf Landverheißung der Moses-Bücher im A.T. in Verbindung mit Endzeitprophetie im Johannes-Evangelium) sondern i.a. auch eine reaktionäre Gesellschaftspolitik, die weder Menschenrechte noch demokratische Grundprinzipien achtet. Mainstream Kirchen distanzieren sich von beiden Grundzügen. Dagegen schätzen US jüdische Organisationen die bedingungslose Unterstützung des Staates Israel durch die Evangelikalen, nehmen dafür deren Endzeittheologie in Kauf, lehnen aber gleichzeitig (wie mainstream Protestanten) deren reaktionären Gesellschaftsbild (Stichwort: Tea-party) ab.

(Die große Mehrheit amerikanischer Juden steht an vorderster Front für Minderheiten- und Menschenrechte und versteht sich gesellschaftspolitisch als "liberal" - im Gegensatz zu konservativ oder reaktionär).

In Deutschland gleichen die Stellungnahmen der EKD zum Kairos Palästina Dokument der pal. Christen in Wortwahl und Argumenten über weite Strecken den Stellungnahmen der Christl. Zionisten (vergl. Dokument "Evangelicals and Israel"). Der biblisch begründete Landanspruch der Zionisten wird von der EKD nur sehr ambivalent in Frage gestellt. Es soll "ein Fingerzeig Gottes" sein, dass das "heilige Land" von 1948 bis heute in gleicher Weise gewaltsam erobert und von Ureinwohnern "gereinigt" wird, wie in den Moses-Büchern des A.T. geschildert? Das Kernland "Judea" und "Samaria" stehen noch heute auf dieser Agenda! Wo bleibt die klare Stellungnahme der EKD zu den aktuellen Ereignissen der "Judaisierung", sei es in der Westbank, sei es in Jerusalem, sei es in der Wüste Negev?

Pastor i.R. Raupach-Rudnik hat im April 2013 die EKD-Schrift "Gelobtes Land?" in Hannover vorgestellt. Er wurde als Mitverfasser dieser Schrift nach der EKD-Auffassung gefragt, wo die Grenzen des Staates Israel lägen. Seine Antwort: "die 1967er Grenzen". Meinte er auch innerhalb der "Grünen Linie" gemäß internationalem Recht, wonach Ostjerusalem "besetztes Gebiet" ist?

Warum sagt er das nicht?

Warum das Herumlavieren mit theologischen Gesichtspunkten und Kirchengeschichte, worin besteht die angebliche Orientierungshilfe dieser kirchlichen Schrift im politischen Nahostkonflikt? Warum beinhaltet diese Schrift keine eindeutige, unmissverständlich an internationalem Recht und an den Menschenrechten orientierte Stellungnahme? Das fragten viele in der Diskussion.

Die neusten protestantischen Grundsatz-Dokumente in Deutschland zum Nahostkonflikt, "Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion" der EKD und und "Die Debatte um Staat und Land Israel" von Beate

Sträter im Auftrag des Reformierten Bundes – als "Orientierungshilfe" das Eine, als "Argumentationshilfe" das Andere – lassen in der Landfrage keinen großen Unterschied erkennen zu den Stellungnahmen von Evangelikalen, die sich zum Christlichen Zionismus bekennen.

Meines Erachtens beinhalten diese beiden Schriften nicht nur theologisch Fragwürdiges sondern vielfach auch historische Verfälschungen und zionistische Mythen, die richtig gestellt werden müssen.*

(Auf die – hoffentlich baldige - Stellungnahme des KSN bin ich sehr gespannt!)

Der Weltkirchenrat und (einige) mainstream protestantische Kirchen in den USA sind schon weiter in der notwendigen Reformation des christl.-jüdischen Dialogs, die m.E. in mehrerer Hinsicht auf eine neue Basis gestellt werden müsste!

Mit besten Grüßen, George Schuppan, 13.10.16

* Dazu m.E. besonders ergiebig im kirchlichen Kontext: Mark Bravermann (Verhängnisvolle Scham- Israels Politik und das Schweigen der Christen), Schlomo Sands beide Bücher (Erfindung des jüd. Volkes/des Landes Israel und Israel Shahak (Jüdische Geschichte/ Jüdische Religion). "Breaking Down the Walls" (2010?) von der Presbyterian Church USA ein beispielhaftes und richtungsweisendes Kirchendokument.

Erklärung der Generalsekretäre Rev. Dr. Olav Fykse Tveit (Weltrat von Kirchen) und Jim Winkler (Nationalrat der christlichen Kirchen in den USA.) – 14.09.2016

(NCC/WCC Beratung über das Heilige Land)

Keinen Menschen sollten ihre Rechte versagt werden und keinen Menschen sollten ihre Rechte für Generationen versagt werden. Der ungelöste Konflikt in Israel und Palästina ist in erster Linie einer der Gerechtigkeit und bis die Forderung der Gerechtigkeit nicht erfüllt ist, kann kein Frieden werden. Da sich Israels Besatzung von Ostjerusalem, der Westbank und Gaza sich der 50- Jahresmarke nähert, haben Generationen unter dieser Realität gelitten. Die Möglichkeiten einer brauchbaren Zwei-Staatenlösung, die wir lange befürwortet haben, ist schwer zu erreichen und scheinbar unrealistischer als jemals.

Die Krise in Israel und Palästina hat Vertreter des Weltrats der Kirchen und des Nationalrats der Kirchen Christi (USA) für eine wichtige Beratung vom 12.-14. 09.2016 in Arlington, Virginia, zusammengebracht. Mehr als 60 Vertreter der Kirchen und der kirchlichen Organisationen aus aller Welt kamen zusammen, weil wir die Schreie von allen hören, die sich nach Frieden und Gerechtigkeit in dem Land sehnen, das wir heilig

nennen. Wir haben die Beteiligung von Palästinensern, amerikanischen Ureinwohnern, Südafrikanern und israelischen Teilnehmern besonders geschätzt, ihre Einblicke und Erfahrungen in denen sie gelebt haben, geteilt.

Obwohl diese Beratung sich auf den Israel-Palästina Konflikt konzentriert hat, wissen wir, dass sie im Kontext einer von Krieg und Gewalttätigkeit heimgesuchten Region stattfindet und achten auf die verschiedenen Situationen überall in dem Nahen Osten. 50 Jahre ist auch ein Meilenstein in Bezug auf das biblische Erlassjahr, um uns alle daran zu erinnern, die genaue Zeit zu beachten um die Gerechtigkeit wieder einzuführen, so dass die Menschen leben können.

"Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr. Jeder von euch soll zu seinem Grundbesitz zurückkehren, jeder soll zu seiner Sippe heimkehren" (3. Mose 25,10) ...

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Wir rufen auf zu einem Ende der Besatzung und den Bau von Siedlungen auf besetztem Land, mit all seinen massiven sich verschlechternden Dimensionen für die palästinensischen Bevölkerungen, aber auch für Israel und die ganze Region. Wir rufen auf zur vollen Achtung- und zum Schutz der Menschenrechte, für das Recht die Wahrheit sagen zu können, die Sorgen auszusprechen und zu demokratischen gewaltlosen Handlungen für Gerechtigkeit und Frieden. Wir sind sowohl von israelischen gesetzgebenden und anderen Maßen tief betroffen, die die Arbeit palästinensische und israelische Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen beschränken, als auch vom Mangel an Transparenz, die die Untersuchungen in international humanitären (vertrauensbasiert, beinhaltend) Organisationen im Gaza-Streifen betreffen und die möglichen negativen Folgen dazu, um die kritisch erforderliche Hilfe in diesen belagerten Bereich zu liefern,.

... Als Nachfolger Christi und als Menschen der Abrahamitischen Tradition werden wir geistlich durch den kontinuierlichen Hass und der kontinuierlichen Feindseligkeit zwischen Juden, Christen und Moslems

verwundet und sehnen uns nach einer neuen Ära des Friedens, Harmonie und Kooperation, so dass das Land, das wir alle heilig nennen, geteilt und gepflegt wird durch alle die dort wohnen. "Abraham hat geglaubt auf Hoffnung, wo nichts zu hoffen war, dass er der Vater vieler Völker werde, wie zu ihm gesagt ist" (1. Mose 15,5): "So zahlreich sollen deine Nachkommen sein" (Röm 4,18)

- **Rev. Dr. Olav Fykse Tveit, Generalsekretär, Weltrat der Kirchen**
- **Jim Heraus krieger, Präsident und Generalsekretär, Nationalrat der Kirchen, USA**

(Übersetzung: E.-L.Vatter)

Gemeinsame Botschaft zum Abschluss der Pilgerreise von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der EKD ins Heilige Land vom 16. – 22. Oktober 2016

"Wir verkünden nicht uns selbst, sondern Jesus Christus als den Herrn" (2 Kor 4,5).

Unser gemeinsamer Pilgerweg an die Quellen des Glaubens hat uns neu entdecken lassen, was im Zentrum unseres gemeinsamen Glaubens steht: Christus! Im gemeinsamen Unterwegssein, im Gespräch miteinander und den geistlichen Impulsen füreinander haben wir gelernt, mit den Ohren des anderen zu hören und ihn in seinem Glauben mit dem Herzen zu verstehen. Als Christusfest wollen wir das kommende Jahr der Erinnerung an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren ökumenisch feiern. So haben wir uns als Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz und Vertreterinnen und Vertreter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ins Heilige Land auf den Weg gemacht, um die Ursprungsorte unseres gemeinsamen christlichen Glaubens aufzusuchen. Anders als in den Jahrhundertfeiern zuvor soll nicht konfessionelle Abgrenzung, sondern die gemeinsame Verantwortung für unseren Glauben unterstrichen werden. Die Reformation wollte weder eine neue Kirche gründen noch die alte Kirche spalten. Sie wollte vielmehr die Kirche Jesu Christi an Haupt und Gliedern erneuern. Im Kern der Reformation steht deshalb eine Absicht, die hinter jeder Kirchenreform stehen muss: Die Rückbesinnung auf Jesus Christus als Gottes Mensch gewordenes Wort und auf sein Evangelium. Dies bildet auch den Kern des Reformationsjubiläums 2017. Und das bringen wir mit unserer Pilgerreise hier im Heiligen Land zum Ausdruck; wir haben uns auf die Spuren von Gottes Heilsgeschichte mit den Menschen begeben, wie sie uns in Jesus von Nazareth begegnen. Wir stellen uns bewusst in die lange Tradition der Christinnen und Christen aller Konfessionen, die friedlich ins Heilige Land kamen und kommen, um dort

etwas zu spüren von der Gegenwart Gottes und um seinen Frieden bitten.

[micha.links](#)

Der Kirchenvater Hieronymus hat einmal das Heilige Land als fünftes Evangelium bezeichnet. Die Frohe Botschaft kommt uns hier in besonderer Weise entgegen. Und so haben wir Orte aufgesucht, die mit Jesu Leben, Sterben und Auferstehen verbunden werden. Im Jordan wurde Jesus getauft. Er erinnert uns an unsere Taufe als gemeinsames Band aller Christen. In Kafarnaum hat Jesus seine ersten Jünger berufen. Gemeinsam stellen wir uns in seine Nachfolge, um seinen Spuren zu folgen und für andere zum Segen zu werden. Zugleich hat uns gerade diese tiefe Verbundenheit besonders schmerzhaft erfahren lassen, was uns noch trennt. Verschiedene Plätze auf dem Weg von Galiläa nach Jerusalem erinnern an die Gleichnisse und Wunder Jesu, die in dieser Landschaft verortet sind, beispielsweise an die Heilung der zehn Aussätzigen, oder auch an die Begegnung mit der Samariterin am Jakobsbrunnen. Mit ihnen verbinden wir die Hoffnung auf das Wachsen des Reiches Gottes, das in unserer Welt schon angebrochen ist. Es ist unsere Verantwortung, an seinem Aufbau mitzuarbeiten und zu einem Segen für unsere Nächsten zu werden. Die Orte der Urgemeinde in Jerusalem, an denen an die Ausgießung des Heiligen Geistes erinnert wird, weisen uns auf unseren Auftrag hin, die großen Taten Gottes in den Sprachen dieser Welt zu verkünden und auszurichten an alle Völker.

Gott ist Mensch geworden in Jesus Christus – dieser alles übersteigende Ausdruck der Liebe Gottes ist in besonderer Eindringlichkeit mit der Geburtskirche in Bethlehem verbunden. In Jerusalem schließlich finden sich die Orte, an denen Jesus gelitten hat und gestorben ist. Damit aber war seine Geschichte nicht beendet, der auferstandene Christus hat für uns die Sünde und den Tod überwunden. Miteinander und gemeinsam mit den Christen anderer Konfessionen, deren Vertreter in Jerusalem wir getroffen haben, können wir deswegen auch heute mit dem römischen Hauptmann bekennen: "Wahrhaftig, dieser Mensch war Gottes Sohn." (Mk 15,39). Das ist unser Glaube und unsere Hoffnung:

Durch sein Leben, sein Sterben und seine Auferstehung ist er zum Eckstein geworden, den die Bauleute verworfen haben (Mt 21,42). Er sagt uns zu: "Seid gewiss, ich bin bei euch alle Tage bis zum Ende der Welt." (Mt 28,20).

Das Heilige Land ist wie kein anderes mit dem Schicksal unserer älteren Geschwister, der Jüdinnen und Juden, verknüpft. Beim Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem und an der Klagemauer haben wir die tiefe Verbundenheit zwischen uns wahrgenommen, die Gott sei Dank inzwischen wieder entdeckt ist. Wir haben aber auch unsere Verantwortung neu erkannt, die wir angesichts unserer Geschichte haben. Jesus selbst war Jude. Wir glauben, dass sich die großen Verheißungen Gottes für sein Volk durch Jesus Christus für alle Völker geöffnet haben. Wir bekennen mit dem Apostel Paulus, dass Israel von Gott erwählt und geliebt ist, "denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt" (Röm 11,29). Wir hoffen auf die kommende Vollendung, in der "ganz Israel gerettet" werden wird (Röm 11,26). Wir wissen, wie viel Schuld unsere Kirchen gegenüber ihren älteren Geschwistern im Glauben auf sich geladen haben. Wir haben den Pilgerweg nach Israel auch eingeschlagen, um uns zur Umkehr rufen zu lassen und unsere ökumenische Partnerschaft auch in den Dienst der jüdisch-christlichen Verständigung zu stellen. Es ist unser Auftrag, gemeinsam einzutreten gegen jegliche Form von Antisemitismus und Rassismus, die unsere Beziehungen vergiften und den Frieden gefährden.

Jerusalem ist auch eine heilige Stadt der Muslime. So haben wir die Al-Aqsa-Moschee und den Felsendom mit Hochachtung vor diesem Glauben besucht. In Verantwortung vor dem einen Gott sind Juden, Christen und Muslime verpflichtet, für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir erinnern uns an Isaak und Ismael, die sich nach Jahren der Entfremdung am Grab ihres Vaters Abraham wieder einander annähern (vgl. Gen 25,9), und hoffen, dass Juden, Christen und Muslime auch heute zu einem friedlichen Miteinander in der Heiligen Stadt und im Heiligen Land finden.

Mit großer Aufmerksamkeit und tiefer Sorge nehmen wir die politische Situation im Nahen Osten wahr. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern hat viele Verlierer auf beiden Seiten. Die fortgesetzt auftretende Gewalt zeigt, wie zerbrechlich der Frieden ist, den dieses Land so dringend braucht. Wir appellieren an alle Verantwortlichen, aufeinander zuzugehen und an einer gerechten Friedensordnung unter Wahrung der Menschenrechte zu arbeiten. Das Existenzrecht Israels ist dabei genauso zu achten wie das Recht des palästinensischen Volks auf einen eigenen Staat. Nur so kann ein stabiler Frieden erreicht werden, der das Gemeinwohl im Heiligen Land und in der ganzen Region fördert.

Wir wissen uns solidarisch mit allen Christinnen und Christen im Heiligen Land, der Heimat unseres Glaubens. Ihre Lage ist schwierig. Extremistische

Gruppen verneinen ihr Existenzrecht; gewalttätige Anschläge gegen christliche Einrichtungen sind in jüngster Zeit vermehrt aufgetreten. Diesen muss von den zuständigen staatlichen Autoritäten mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, antichristliches Gedankengut muss bekämpft werden. Gemeinsam mit Israelis und Palästinensern guten Willens und all unseren christlichen Schwestern und Brüdern beten wir um Frieden im Heiligen Land und in der ganzen Welt. Wir ermutigen die Christinnen und Christen aus unserer Heimat, ins Heilige Land zu pilgern und so ihren Glauben zu erneuern. Das Heilige Land ist und bleibt ein Ort, an dem das Evangelium in seiner ursprünglichen Kraft erfahren und gelebt wird. Daher brauchen dieses Land und die Christen in ihm unsere besondere Unterstützung und Solidargemeinschaft.

Mit dem gemeinsamen Christusfest wollen wir die radikale Frage Jesu annehmen: "Ihr aber, für wen haltet ihr mich?" (Mt 16,15). Gegenüber der Epoche der Reformation stehen wir heute in einer völlig anderen Zeit, die wir oft als säkulares Zeitalter bezeichnen. Für viele hat der christliche Glaube an Plausibilität verloren und ist nur eine Möglichkeit unter anderen. Darum sind wir als Christinnen und Christen heute besonders herausgefordert, gemeinsam Antwort auf die Frage Jesu zu geben, und so wollen wir in unserer Gesellschaft Rechenschaft von unserer Hoffnung ablegen (vgl. 1 Petr 3,15).

Die Orte, die wir auf unserer ökumenischen Pilgerreise besucht haben, haben ja eine innere Sinnrichtung auf Jerusalem hin, also hin zu dem Ort, wo Jesus am Kreuz sein Leben für die vielen hingegeben hat. Diesen inneren Sinn hat er selbst seinem Tod beim Letzten Abendmahl gegeben. In seiner Hingabe am Kreuz verwandelt er die ihm angetane Gewalt in Liebe, die nichts und niemanden ausschließt, nicht einmal seine Henker (vgl. Lk 23,34). Und an Ostern wird offenbar, dass er so ganz von Gott angenommen ist und diese Liebe stärker ist als der Tod.

Diese Hoffnung, dass seine Liebe die Gewalt überwinden und den Tod in Leben verwandeln kann, ist auch in unserer Zeit hochaktuell, und wir Christen wollen sie demütig, aber auch entschlossen auf vielfältige Art unserer Gesellschaft bezeugen. Wir wollen uns weiter einsetzen für die Menschenwürde aller, insbesondere der Schwächsten. So stellt sich uns gerade vom Aufsuchen der Ursprungsorte unseres Glaubens her die Aufgabe, die Hoffnungsbotschaft von der freien Gnade Gottes allem Volk auszurichten – im Wissen darum, dass wir zuerst selbst auf diese Gnade angewiesen sind.

Wenn wir jetzt nach erfüllten Tagen wieder in unsere alltäglichen Aufgaben, in unsere Bistümer und Landeskirchen zurückkehren, wollen wir die Eindrücke aus dem Heiligen Land nicht vergessen. Wir kommen zurück in unser Land, das wie zu jeder Zeit auf das Wort Gottes angewiesen ist, das tröstet und befreit. Wir

kommen zurück in ein Land, das – Gott sei Dank – immer stärker die ökumenische Partnerschaft zu schätzen gelernt hat und deshalb unser gemeinsames Glaubenszeugnis erwartet. Wir sind Jesu Ruf zur Einheit verpflichtet (Joh 17,21). Die Einheit ist unsere Bestimmung. Wir ermutigen dazu, auf allen Ebenen das Gemeinsame zu stärken. Christus, den auferstandenen Herrn, zu verkünden, ist unser gemeinsamer Auftrag. Wir haben hier im Heiligen Land Kraft gesammelt, mit Schwung und Leidenschaft für das Evangelium einzutreten. Unsere gemeinsame Mission für unser Land ist noch nicht vollendet. Wir sind zuversichtlich, dass das Christusfest 2017 zu einem glaubwürdigen Zeugnis für Gott wird und uns über dieses Jahr hinaus auf unserem Weg zur vollen sichtbaren Einheit stärkt.

Aus:

file:///C:/Users/Christoph/Documents/Eigene%20Dateien/micha.links/Pilgerreise-Gemeinsame%20Botschaft-2016.pdf

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter
umschmieden zu Pflugscharen und ihre
Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird
mehr gegen das andere das Schwert erheben,
und sie werden den Krieg nicht mehr
erlernen.“ (Micha 4,3)

Mauern durchbrechen:

Worum es mir in Deutschland ging

Mark Braverman

... Mein Jüdischsein war eine Bunker- und Opfer-Mentalität. Unsere beiden Hauptfeinde waren die Deutschen und die Araber, die einen in der Vergangenheit, die anderen in der Gegenwart. Und deshalb brauchen wir den Staat Israel.

In Deutschland überwinde ich in mir diese psychologische Mauer so wie ich 2006 die Mauer zu den Palästinensern durchbrochen habe. Damals bin ich zum ersten Mal in das Westjordanland gefahren, um Palästinensern zu begegnen. Wichtige Schritte in Richtung Heilung. Hier kristallisieren sich meine Themen. Ich sehe in den Deutschen mein Spiegelbild. Bei ihnen habe ich das tiefe Bedürfnis gespürt, von ihren Mauern befreit zu werden. In Stuttgart, vor

meinem ersten Vortrag in Deutschland letztes Jahr, sagte mir der Veranstalter: "Sagen Sie nichts zum Boykott! Das ist hier hochsensibel!". Ich nahm seine Bitte ernst, aber ich spürte später den Hunger bei den Zuhörern, dass das ausgesprochen wird, was sie als richtig empfinden, aber nicht sagen dürfen.

Ich fragte sie: "Wer unter Ihnen verwechselt eigentlich die Judenfeindliche Gesetzgebung des Dritten Reichs in den 1930er Jahren mit der internationalen Bewegung heute, den Staat Israel wegen des Unrechts an den Palästinensern zu sanktionieren?" Ich bat nicht um Handzeichen, aber empfand deutlich die non-verbale Antwort: Es war Erleichterung, ja Dankbarkeit. Ich sagte weiter:

"Ich mache mit Ihnen einen Deal: Wenn Ihr als Deutsche aufhört, Euch als die schlimmsten Verbrecher der Weltgeschichte zu sehen, werde ich als Jude aufhören, das größte Opfer der Weltgeschichte zu sein. Es ist an der Zeit für uns alle, loszulassen und die Zukunft zu gestalten."

Kirchenvolk gegen Leitung

Etwas Besonderes bei der diesjährigen Tour war, dass ich Vertreter der Kirchenleitung traf, zum Beispiel einen ehemaligen evangelischen Landesbischof in Bayern. Er drückte die offizielle Haltung der Kirche so aus, dass die Deutschen eine besondere Verantwortung gegenüber Israel haben. Deswegen könne man den Boykott nicht unterstützen und müsse immer im Dialog mit dem jüdischen Volk bleiben.

Abgesehen davon, dass er den Staat Israel mit den Juden gleichsetzt, ist es problematisch dass er beide, Deutsche und Juden, in ihrem Trauma gefangen hält, wenn er so selbstbezogen in seiner Rolle als Täter bleibt, der sühnen muß. Ich sagte ihm, dass ich die "deutsche Besonderheit" nicht akzeptiere, aber selbst wenn, solle er die palästinensische Sache zu seiner machen, den Staat Israel mit seinen Menschenrechtsvergehen konfrontieren und ihn von seiner Rolle als Unterdrücker befreien. Was ich dem Bischof nicht sagte, aber für wesentlich halte, ist, dass es ihm als Vertreter der Institution im Grunde darum geht, seine Kirche, sich selbst und seine Position vor der Zensur durch das jüdische Establishment zu schützen.

Jesus, der beste Jude

Dagegen waren die Menschen zwischen Ulm und Hannover, die zu meinen Vorträgen kamen, nicht mehr bereit, sich abspesen zu lassen mit "Es muss aber ausgewogen sein." oder "Wir müssen doch unsere Verbindung mit der Wurzel, dem Judentum, ehren". Das ist ja richtig, aber da fehlt der Jesus der Evangelien, der vor dem Tempel stand und sagte, der wird zerstört und durch meinen Leib ersetzt werden, was bedeutet: Anstelle des Systems von Gier und Unterdrückung wird eine auf Gleichheit und tätigem Mitgefühl beruhende universale Gemeinschaft treten. Jesus war der beste

Jude - er stand für die grundlegenden Prinzipien der Torah, gegen die das damalige jüdische Establishment durch Kollaboration mit dem Römischen Reich verstieß. Er forderte die Mächtigen heraus und stand für die Armen und Unterdrückten auf. Matthäus, Kapitel 23! Ich bete für den Tag, an dem die Christen nicht die Erlaubnis eines Juden brauchen, um Jesus wirklich nachzufolgen, aber für den Moment sehe ich das als meine Aufgabe.

Mark Braverman, jüdischer Tabubrecher Psychologe und Autor, war im Frühjahr auf Vortragsreise durch Deutschland, eingeladen vom christlichen "Netzwerk Kairos Palästina".

Textdokumentation und Übersetzung: Christian Kercher; autorisiert durch Mark Braverman, Portland, Oregon

Bücher:

Braverman: *Verhängnisvolle Scham*. Israels Politik und das Schweigen der Christen, Gütersloher Verlagshaus, 2011

Braverman: *A wall in Jerusalem: Hope, Healing and the Struggle for Justice in the Holy Land*, Jericho Books 2013

Kairos Palästina 2017:

50 Jahre israelische Besetzung –

Wir dürfen nicht schweigen

Appell von Christinnen und Christen für einen Frieden durch Gerechtigkeit in Palästina und Israel.

"Gott hat uns als zwei Völker hierher gestellt, und Gott gibt uns, wenn wir es nur aufrichtig wollen, auch die Kraft, zusammenzuleben und Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, das Land wahrhaft in Gottes Land zu verwandeln." (Kairos-Dokument 2.3.1)

Angesichts der demnächst seit 50 Jahren andauernden völkerrechtswidrigen israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete sind wir sehr beunruhigt darüber und beklagen,

- dass das Kairos Palästina-Dokument der palästinensischen Christinnen und Christen von 2009 "Die Stunde der Wahrheit – Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung, aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen" (KD) von den deutschen Kirchen, den Gemeinden und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in keiner Weise angemessen aufgenommen wurde und dass auch die Mahnung von Erzbischof em. Desmond Tutu, dies zu korrigieren, missachtet wurde;
- dass wir Christinnen und Christen dadurch mit dazu beitragen, dass die israelische Besetzung der

palästinensischen Gebiete, verbunden mit Unterdrückung, Vertreibung, Abriegelung, Mauerbau und Enteignung durch jüdische Kolonisierung, als "Normalität" wahrgenommen wird, statt als permanenter Bruch von Völker- und Menschenrechten kritisiert und politisch bekämpft zu werden;

- dass zunehmend Veranstaltungen, in denen die israelische Politik kritisiert und Palästina eine Stimme gegeben wird, mit massivem öffentlichen, zum Teil sogar administrativem Druck in einem Maße behindert werden, das die grundgesetzlich garantierte Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit in Deutschland gefährdet;
- dass Kirchen und Politik es zulassen, Kritik an der Missachtung des Völkerrechts und der Verletzung der Menschenrechte durch Israel als antisemitisch zu diffamieren, obwohl Freundinnen und Freunde Israels daran zu erkennen sind, dass sie Israel vor den selbstzerstörerischen Folgen seiner Politik warnen
- dass die deutsche Regierung trotz der fortdauernden und massiven Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen Israels aus Gründen der "Staatsraison" jede ernsthafte Kritik an diesem Staat vermeidet, ihn sogar gegen das Verbot der Lieferung von Waffen in Krisengebiete mit Rüstungsgütern ausrüstet und militärisch mit ihm kooperiert;
- dass Israel gegen kritische israelische wie ausländische Nichtregierungsorganisationen mit gesetzlicher Repression vorgeht;
- dass die Existenz der christlichen Gemeinden, Kirchen und Einrichtungen in Palästina infolge der Besetzung ernsthaft gefährdet ist und dass sich in Israel antichristliche Ausschreitungen häufen.

Wir fordern die christlichen Gemeinden und Kirchen in Deutschland auf endlich wahrzunehmen,

dass Deutschland nicht allein durch das Verbrechen an den Juden unter der Naziherrschaft schwere Schuld auf sich geladen hat. Vielmehr wird die Erinnerung an den Holocaust bis heute dazu missbraucht, die Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu rechtfertigen. Obwohl wir also für beide Katastrophen mitverantwortlich sind, ist in Kirche und Gesellschaft nur unsere Verantwortung gegenüber Israel ein Thema. Das muss sich angesichts des traurigen "Jubiläums" der Besetzung der palästinensischen Gebiete endlich ändern.

Im Bewusstsein dessen,

- dass wir Jahrzehnte hindurch blind waren gegenüber dem Unrecht, unter dem die Palästinenserinnen und Palästinenser zu leiden haben;
- dass wir angesichts der unheilvollen deutschen

Geschichte eine doppelte Verantwortung tragen;

- dass die Propheten, die Thora und Jesus von Nazareth uns zum Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und zur bedingungslosen Nächstenliebe auffordern, stehen wir ein:
- für einen Frieden in Gerechtigkeit im Land der Bibel, der den Menschen in Palästina und Israel Sicherheit, Freiheit und Anerkennung gewährt; ● für die Selbstbestimmung und Gleichstellung der palästinensischen Bevölkerung;
- für das Ende der israelischen Besatzung und Kolonisierung des palästinensischen Landes.

In der Überzeugung,

- dass die Besatzung, Kolonisierung und Blockade palästinensischer Gebiete durch Israel dem Völkerrecht wie auch den Menschenrechten widerspricht;
- dass wir die drängende Frage unserer palästinensischen Glaubensgeschwister "Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen?" (KD 6.1) nicht länger ignorieren dürfen;
- dass die Kirchen selbstkritisch zur Kenntnis nehmen müssen, wie sehr ihre Theologie faktisch zum "Deckmantel für das Unrecht" und gar zur Legitimation der "Sünde der Besatzung" (KD 6.1) geworden ist, verpflichtet wir uns:
- zur Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung einsetzen;
- zur Unterstützung des gewaltlosen Widerstands gegen die israelische Politik der Besatzung, Kolonisierung und Blockade palästinensischer Gebiete – einschließlich Maßnahmen wie Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS);
- zur Unterstützung von Organisationen und Projekten, welche sich in Israel und Palästina für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung einsetzen.

Wir appellieren an Kirchen, Gemeinden sowie Christinnen und Christen:

- das Kairos Palästina-Dokument "Die Stunde der Wahrheit" in den Kirchengemeinden endlich bekannt zu machen;
- den Ruf unserer palästinensischen Glaubensgeschwister aufzunehmen und gemeinsam mit den Kirchen in aller Welt "ein Wort der Wahrheit zur israelischen Besatzung palästinensischen Landes zu sagen" (KD 6.3);
- angesichts der verbreiteten Unkenntnis der tatsächlichen Situation in Palästina und Israel der Aufforderung zu folgen: "Kommt und Seht!" (KD

6.2);

- sich auf eine der Dringlichkeit des Konflikts angemessene Weise zu verhalten und politisch entschlossen für ein Ende der israelischen Besatzung einzutreten.

Israels Besatzungspolitik und die Diskriminierung seiner palästinensischen BürgerInnen zersetzt seine eigenen moralischen Grundlagen. Wer Gerechtigkeit für Palästina fordert, sichert auch das Überleben Israels.

"Unsere und ihre Zukunft gehören zusammen. Entweder wird der Zyklus der Gewalt beide Seiten vernichten oder der Friede wird beiden Seiten zu Gute kommen." (KD 4.3)

Das Kairos Palästina-Solidaritätsnetz ist im Juli 2012 unter dem Dach von Kairos Europa e.V. ins Leben gerufener Zusammenschluss ökumenischer Gruppen, Netzwerke und Organisationen, die in Deutschland für Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina eintreten.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Ulrich Duchrow

Aus der LINKEN:

Antworten auf die Fragen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus vom 29.02.2016 – Von Matthias Höhn,

(Bundesgeschäftsführer der Linken, 29.04.16)

Zu Frage 1:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um präventiv gegen antisemitische Äußerungen vorzugehen?

Wie engagiert sich die Partei gegen jegliche Art von antisemitischer Haltung?

Werden dabei auch die subtileren Formen antisemitischer Ressentiments in den Blick genommen, also unterschwellige Zuschreibungen, die sich jenseits von strafbaren Inhalten bewegen?

1.1. Voraussetzung eines jeden Kampfes gegen Antisemitismus bzw. antisemitische Äußerungen ist die Aufklärung darüber, welche Gefahr antisemitische Einstellungen darstellen und welche Straftaten es mit diesem Hintergrund gibt.

Studien mit der Analyse des Antisemitismus werden in der LINKEN ausgewertet und deren Ergebnisse in die öffentliche Debatte eingebracht, um die Gesellschaft für derartige Einstellungen zu sensibilisieren.

Bezüglich der Straftaten "fordert DIE LINKE eine systematische Erfassung der Straftaten mit rassistischem, antisemitischem oder islamfeindlichem Hintergrund", wie wir es im letzten Bundestagswahlprogramm beschlossen haben. Die LINKE fragt darüber hinaus aus der Opposition heraus monatlich bzw. vierteljährlich bei der Bundesregierung

Straftaten ab, um darüber aufzuklären und sie ins öffentliche Bewusstsein zu rücken zuletzt z.B.

- Kleine Anfrage von Petra Pau (31. März 2016)
"Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Februar 2016"
- Kleine Anfrage von Petra Pau vom 25. Januar 2016
"Antisemitische Straftaten im vierten Quartal 2015"

1.2. Parallel nimmt DIE LINKE auch subtilere Formen des Antisemitismus in den Blick. Sie versteht den Antisemitismus als ein Kennzeichen der traditionellen extremen Rechten in all ihren Schattierungen, der aber tief in der Mitte der Gesellschaft wurzelt und immer wieder durch Repräsentanten der Mitte gesellschaftsfähig gemacht wird. Mit diesem Verständnis zielen wir nicht nur auf strafbare Handlungen, sondern auch auf unterschwellige Zuschreibungen und Ressentiments. Insofern folgen wir hier der Arbeitsdefinition der EUMC "Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen", sind uns aber durchaus der Probleme einer definitorischen Eingrenzung und der Debatten darum bewusst, wie sie auch immer wieder um Studien zum Antisemitismus aufscheinen und debattiert werden. Bei der Beantwortung der folgenden Fragen nutzen wir als Analyserahmen weiter die inhaltlichen Begründungen für und Handlungsformen von Antisemitismus, wie sie Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus von 2011 entwickelt wurden.

1.3. Unser Engagement gegen Antisemitismus erwächst auch aus unserem Verständnis von der historischen Verantwortung Deutschlands und der LINKEN, wie wir es in unserm Grundsatzzprogramm 2011 beschlossen haben: "Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten."

Unsere Position dazu wurde 2015 in einem Beschluss des Bundesausschusses mit den Kernpunkten "Für eine friedliche Lösung des israelisch palästinensischen Konfliktes; für die Zweistaaten-Lösung Israel, Palästina, die friedlich und in gesicherten Grenzen seit an Seit existieren; für die Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung; gegen Antisemitismus weltweit, Auseinandersetzung und Zurückweisung jeder Form des Antisemitismus" bekräftigt, worauf hier verwiesen wird. Dieser Beschluss wird als Anhang beigefügt.

Zu Frage 2:

Wenn ja, welche (Maßnahmen) sind das?

Seit 2013 stellt DIE LINKE erstmals einen Ministerpräsidenten und hat damit größere Möglichkeiten, ihr Verhältnis zu Israel, dem Judentum und damit auch zum Antisemitismus deutlich herauszustellen. Als Beispiele seien hier angeführt:

- Der erste Auslandsbesuch führte Bodo Ramelow im Oktober 2015 nach Israel-
- Die in Berlin 2015 nach 30 Jahren erstmals abgesagten "Jüdischen Kulturtage" werden von Thüringen als "Achava-Festspiele" Thüringen fortgeführt, um "ein wichtiges Zeichen für Toleranz und Dialog zu setzen. Die Ereignisse der jüngsten Zeit zeugen von neuen erheblichen Spannungen zwischen Religionen und Kulturen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, ja lebensnotwendig, die Gedanken von Menschlichkeit und Frieden, von Toleranz und Dialog verstärkt zum Ausdruck zu bringen." Partner sind u.a. der Freistaat Thüringen und die Rosa- Luxemburg-Stiftung.
- Zum Präsidenten des Verfassungsschutzes in Thüringen wurde zum 1. Dezember 2015 Stephan J. Kramer, vorher u.a. Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, berufen und mit dieser Personal- auch eine politische Entscheidung getroffen.

Weiter gehört dazu eine Fülle von politischen, kulturellen, philosophischen und historischen Veranstaltungen, die von unserer Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartnern und – unter Berücksichtigung des Distanzgebots – den Parteigliederungen, und Fraktionen durchgeführt werden. Eine Auswahl der Veranstaltungen zu den Themenkreisen Judentum, Antisemitismus und Israel sowie speziell zu Antisemitismus und Israelkritik innerhalb der LINKEN sowie in der DDR sind im Anhang zu diesem Schreiben aufgelistet; auf die Veranstaltungen explizit zur nationalsozialistischen Judenverfolgung wurde dabei entsprechend ihrer Fragestellung verzichtet.

Zu Frage 3:

Sehen Sie Antisemitismus als Problem des politischen Extremismus oder auch als eines der politischen Mitte?

DIE LINKE sieht den Antisemitismus, wie bereits in Punkt 1.2. ausgeführt, als ein Kennzeichen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen, der tief in der Mitte der Gesellschaft wurzelt und immer wieder durch Repräsentanten der Mitte gesellschaftsfähig gemacht wird. In sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeit wird Antisemitismus - jenseits der historischen Dimension und besonderen deutschen Verantwortung - als eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und damit als ein Problem der Mitte verstanden.

Zu Frage 4:

Wie geht die Partei mit israelbezogenem Antisemitismus um?

Werden Grenzen zwischen legitimer Kritik und antisemitischen Vorurteilen diskutiert

Die Mitglieder unserer Partei stimmen mit ihrem Parteieintritt dem Grundsatzprogramm zu und werden dann daran gemessen. Dennoch gehen wir davon aus, dass unter einigen unserer Wählerinnen und Wähler wie auch vereinzelt unter unseren Mitgliedern nicht immer zwischen der legitimen Kritik an politischen Handlungen Israels und Antisemitismus unterschieden wird. Dass einige Studien zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Anhängerinnen und Anhänger der LINKEN unterdurchschnittliche Antisemitismuswerte haben, beruhigt uns dabei nicht. DIE LINKE problematisiert israelbezogenen Antisemitismus deshalb immer wieder neu bzw. nutzt auftretende Debatten zur Schärfung ihrer Positionen durch Beschlüsse und die Positionierung von Spitzenpolitikern. Der Umgang mit den Grenzen zwischen legitimer Kritik und antisemitischen Vorurteilen wird in den Beispielen im folgenden Punkt 5 deutlich gemacht. Aus diesem Verständnis heraus finden wir es auch bedauerlich, dass in Ihrem Bericht von 2011 die Auseinandersetzung mit einer Rede von Gregor Gysi zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels 2008 gefehlt hat. Diese Rede des Fraktionsvorsitzenden und populärsten Politikers der LINKEN hat durch Sonderdrucke und die Verlinkung auf mehreren Websites sehr weite Verbreitung gefunden.

Der Vortrag mit dem programmatischen Titel "Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel" wie auch sein Inhalt hätten generell Interesse beanspruchen und die Positionierung in genau dieser Frage durch DIE LINKE genauer fassen helfen können, da es sich eine "Selbstverständigungsdebatte angesichts ihrer Geschichte" handelt. Gregor Gysi problematisierte darin zunächst, dass "die Haltung der Linken zu Israel keineswegs so eindeutig ist, wie es auf den ersten Blick erscheint" und dass deshalb "Klärungsbedarf in der Linken, auch in der Partei DIE LINKE besteht". Weiter fokussierte er darin auf die Selbstgerechtigkeit eines Teils der LINKEN und deren Folgen für ihren Blick auf den Antisemitismus: "Die sowjetische Parteinahme im Konflikt der palästinensisch-arabischen Bevölkerung und diverser arabischer Staaten mit Israel konnte so als Parteinahme im antiimperialistischen Kampf interpretiert werden. Dadurch wurde der Antizionismus, das heißt der Kampf gegen den jüdischen Staat, aus der Perspektive der Sowjetunion immer auch schon vom Verdacht des Antisemitismus befreit."

Zu Frage 5:

Können Sie Beispiele für antisemitische Vorfälle nennen, die innerhalb der Partei diskutiert wurden?

Wie wurde auf mögliche antisemitische Vorfälle reagiert?

Wir gehen davon aus, dass für die Beurteilung einer Partei die **Programmatik und maßgebliche Beschlüsse**, die **Einstellungen** der Mitglied- und Wählerschaft und die **Positionierungen der Spitzenpolitiker** entscheidend sind. Weiter teilen wir vollinhaltlich Ihre Kritik an der medialen Auseinandersetzung mit Antisemitismus i.S. einer "eingespielten Abfolge" bei "eruptiv auftretenden ‚Affären‘ beziehungsweise ‚Debatten‘". Die Auseinandersetzungen in den Gremien und der Mitgliedschaft einer Partei mit dem Antisemitismus werden so nach der Skandalisierung selten weiter verfolgt, womit die – im Regelfall in demokratischen Organisationen einige Zeit benötigten Beschlussfassungen – nicht mehr zum Gegenstand der Berichterstattung werden und so auch nicht mehr auf das gesellschaftliche Meinungsklima Einfluss nehmen können.

5.1. Einziges Parteiausschlussverfahren wegen Antisemitismus

Die Hürden für einen Parteiausschluss sind in der LINKEN sehr hoch, da derartige Verfahren bei den Vorgängerparteien SED und KPD missbraucht wurden, um politische Kontroversen über die Positionierung der Partei oder einzelner Mitglieder durch Parteiausschlüsse zu entscheiden, und da DIE LINKE gegenüber ihrer Tradition ein sehr kritisches und sensibles Verhältnis hat. Die Bundesschiedskommission der LINKEN verhandelte im Berichtszeitraum 2012-2016 insgesamt 14 Anträge über den Ausschluss von Mitgliedern aus der Partei u. a. wegen der Vorwürfe konkurrierender Wahlantritte (BSchK/015/2012), Beitragsrückstände (BSchK/015/2012) und Veröffentlichung von Finanzdaten der Partei auf einer privaten Website (BSchK/18/2013/B). Im Berichtszeitraum gab es zwei Verfahren wegen antiisraelischer und antisemitischer Äußerungen (BSchK/065/2012). Der einzige Parteiausschluss in der LINKEN zwischen 2012 und 2016 erfolgte wegen antisemitischer Äußerungen gegenüber der Politik Israels (BSchK/045/2012). In der umfangreichen Begründung dazu wurden auch die Positionen der LINKEN und die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus detailliert bestimmt, weshalb auf sie verwiesen wird und sie im Anhang beigefügt ist.

5.2. Debatten und Positionierung in der Folge eines Demonstrationsaufrufes von 2014

Darüber hinaus führte die Beteiligung an Demonstrationen immer wieder zu Debatten und der Bestätigung der programmatischen Positionen innerhalb der LINKEN zu der Frage, inwieweit Kritik an der israelischen Politik in antisemitische Äußerungen übergehen kann. Im Juli 2014 hatte die linksjugend [solid] Ruhr – ein Regionalverband des parteinahen und anerkannten Jugendverbandes der

LINKEN – zu einer Demonstration "Stoppt die Bombardierung Gazas – für ein Ende der Eskalation im Nahen Osten" in Essen aufgerufen. Als Redner trat dabei u. a. der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Niema Movassat auf. Parallel zu dieser Demonstration gab es in dieser Stadt eine Demonstration "Gegen Antizionismus und Terror" bei der u. a. der brandenburgische Bundestagsabgeordnete der LINKEN Harald Petzold sprach. Die Demonstration gegen den Gaza-Krieg kritisierte der Bundesgeschäftsführer der LINKEN Matthias Höhn danach mit den Worten, "dass im Vorfeld einer Veranstaltung, zu der auch Linke aufgerufen hatten, der Schutz jüdischer Einrichtungen verstärkt werden musste, dass auf und nach einer solchen Kundgebung antisemitische Parolen skandiert wurden, dass die Essener Synagoge erklärtes Ziel israelfeindlicher Teilnehmer dieser Kundgebung war, dass Flaschen und Steine auf pro-israelische Demonstranten geworfen wurden - das alles beschämt mich zutiefst" und bekräftigte die Position der Partei. "[...] Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Dabei müsse es bleiben, dabei wird es bleiben. Darum sind alle in der Pflicht, legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung in Inhalt und Form so zu artikulieren, dass sie keinerlei Anschlussmöglichkeit für antisemitische Gruppierungen und Aktionen bietet."

Der Bundesgeschäftsführer der LINKEN kritisierte damit eine in Ihrem Bericht von 2011 herausgearbeitete Handlungsform von Antisemitismus, weil aus der vom Jugendverband angemeldeten Demonstration die Gefahr von "Übergriffen auf Personen oder Einrichtungen" entstand und "verbal diffamiert" wurde, auch wenn Mitglieder der LINKEN oder des parteinahen Jugendverbandes daran nicht selbst beteiligt waren.

Weiter nahm der Bundesverband der linksjugend [solid] die Anmeldung der Demo durch einen ihrer Regionalverbände zum Anlass, seine Position genauer zu bestimmen. In der linksjugend [solid] gab es seit seiner Gründung 2007 Debatten im und Auseinandersetzungen mit dem Bundesarbeitskreis BAK Shalom, die hier nicht dargestellt werden, da sie weitgehend vor der Zeit des Berichtszeitraumes 2012-2016 liegen. Der Beschluss auf dem Bundeskongress der Linksjugend [solid] 2015 "Gegen jeden Antisemitismus", hat diese Debatten abgeschlossen: "Personen und Ortsgruppen der linksjugend [solid] haben innerhalb des letzten Jahres aktiv an antiisraelischen Demonstrationen teilgenommen oder diese sogar organisiert. [...] Die linksjugend [solid] nimmt ihren antifaschistischen Grundkonsens ernst und tritt entschieden gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen ein. Dazu gehört, aktuelle antisemitische Entwicklungen wachsam zu beobachten, als solche wahrzunehmen und aktiv gegen sie vorzugehen." Sie kritisierte auch jede Form einer "ressentimentgeladenen ‚Israelkritik‘" und formulierte sieben Positionen, die "als antisemitisch und damit

nicht akzeptierbar" gelten, und weitere drei, die sie für "problematisch" hält, womit der Beschluss die Differenzierungen bei Motiven für und Handlungsformen von Antisemitismus weiter auffächert, als in Ihrem Bericht von 2011. Auf diesen Beschluss wird hier verwiesen und er ist dem Anhang beigefügt.

Debatten gab es auch um die Teilnahmeankündigung von zwei Bundestagsabgeordneten der LINKEN an der 13. Palästinenserkonferenz der LINKEN am 25. April 2015 Berlin. Deren Teilnahme war von den Veranstaltern unabgesprochen gemeldet und dann dementiert worden. Auf der Konferenz war dennoch ein Infostand der AG internationals – eine bunte vielsprachige Linke-Gruppe, in der Linke aus anderen europäischen linken Parteien aktiv sind, die zeitweilig oder dauerhaft hier in Berlin leben. Der Infostand und ihr Auftritt mit LINKE-Fahnen waren nicht abgesprochen, die Partei selbst hat sich schnell davon distanziert. Auf der Gegendemonstration des Bündnisses "Berlin gegen Hamas" sprach u. a. Hakan Taş, Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Im November 2014 waren die Publizisten David Sheen und Max Blumenthal auf Einladung eines Bündnisses, dem unter anderem die israelkritische Vereinigung BDS Berlin sowie der Palästinensische Studentenverein angehören, in Berlin. Für eine Veranstaltung, bei der es um die Politik Israels ging, hatten die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Inge Höger und Anette Groth die beiden Publizisten im Namen der Bundestagsfraktion für den 9. November in den Fraktionssaal der LINKEN im Bundestag eingeladen. Der Fraktionsvorstand beschloss "keine Zusammenarbeit mit den Gästen der beiden Veranstaltungen", untersagte diese Veranstaltung und strich eine zunächst geplante finanzielle Unterstützung mit der Begründung, dass die Auswahl der Teilnehmer einseitig sei. Daraufhin versuchten die beiden Initiatoren dieser Veranstaltung, diese Im Roten Salon der Volksbühne durchzuführen. Dagegen wandte sich Petra Pau, Mitglied im Fraktionsvorstand der Linksfraktion und Vizepräsidentin des Bundestages, und schrieb zusammen mit dem Grünen- Abgeordneten Volker Beck und dem ehemaligen Wehrbeauftragten Reinhold Robbe (SPD) einen Brief an die Leitung der Volksbühne, in der sie darum baten, die "'sehr einseitige bis stark kritikwürdige Veranstaltung in Ihrem Haus' an diesem sensiblen Datum noch einmal zu überdenken. Die Volksbühne sagte daraufhin diese Veranstaltung ab". Daraufhin luden die beiden Abgeordneten Höger und Groth Blumenthal und Sheen nunmehr gesondert in das Paul-Löbe-Haus des Bundestags. Das kann ihnen von der Fraktionsführung nicht verboten werden - jeder Abgeordnete ist frei, seine Gäste in den Bundestag einzuladen und in seinem Büro zu empfangen. Dort nahm die sog. Toilettenaffäre ihren Beginn, bei der der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi

von den beiden Publizisten mit Kamera bis auf eine Bundestagstoilette verfolgt wurde, wozu im Zusammenhang dieser Antwort auf die Presseberichte verwiesen wird. Der Parteivorstand der LINKEN bekräftigte seine programmatischen Positionen zum Antisemitismus, der "die Beteiligung an jeglichen Initiativen, Bündnissen oder Veranstaltungen ausschließt, die das Existenzrechts Israels in Frage stellen. Für uns als DIE LINKE in Deutschland verbieten sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte Boykottaufrufe gegen israelische Produkte. Der Zivilisationsbruch durch den Holocaust ist singular und unvergleichbar."

Der Fraktionsvorstand und die Bundestagsfraktion der LINKEN unterstützten diese Erklärung des Parteivorstandes. Die Abgeordneten Inge Höger, Annette Groth und Heike Hänsel stimmten danach dem Vorschlag zu, "sich in den nächsten drei Monaten nicht zum Thema zu äußern, keine Reisen dorthin unternehmen und auch keine Veranstaltungen zum Thema durchführen".

Gegen die Veranstaltung mit Sheen und Blumenthal sowie gegen die Übergriffe gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden wandten sich einige Tage später u.a. Matthias Höhn (Bundesgeschäftsführer, MdL), Gabi Zimmer (Fraktionsvorsitzende, MdEP), Jan Korte (stellvertretender Fraktionsvorsitzender, MdB), Petra Sitte (Parlamentarische Geschäftsführerin, MdB) in dem Aufruf "Ihr sprecht nicht für uns!", den in den folgenden Tagen weit über 1.000 Mitglieder und Anhänger der LINKEN unterzeichneten.

Zu Frage 6:

Wird Antisemitismus als gesondertes Phänomen im Kontext der Tätigkeiten der Partei berücksichtigt oder fällt er unter andere (Rassismus, Rechtsextremismus) Bereiche?

6.1 DIE LINKE versteht Antisemitismus, wie unter 1.2 und 1.3 knapp ausgeführt, also im Gesamtkontext unserer Politik gegen jegliche Formen der Diskriminierung bzw. Ungleichheitsideologien unter Einbeziehung unserer besonderen historischen Verantwortung. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung und Problematisierung des Verhältnisses speziell der LINKEN antisemitischen bzw. antiisraelischen Vorurteilen, wozu im Berichtszeitraum ebenfalls eine Fülle von Veranstaltungen organisiert wurde, die im Anhang 1 gelistet sind.

6.2 Bei der Bildungsarbeit hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Zielsetzung wie folgt formuliert: "Antisemitismus wird dabei nicht als "Anhängsel" der Neofaschismus-Debatten im Lande, sondern als eigenständiger Schwerpunkt betrachtet und soll in seiner historischen (die christlichen Wurzeln des Judenhasses / NS + Holocaust) und aktuellen gesellschaftlichen (Judenhass in Nachkriegs-

Deutschland) und weltpolitischen (Nahost-Konflikt als Folie für antisemitische Ausfälle) Tiefe ausgeleuchtet und in angemessenen Bildungsangeboten beantwortet und bekämpft werden."

Zu Frage 7:

Welchen Stellenwert hat der Bericht zum Antisemitismus des ersten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus in Debatten zum Thema in der Partei?

Gibt es Diskussionen hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen?

Wenn ja, welche konkreten Folgen hat dies?

Wenn nein, warum nicht?

Der Bericht wurde in der LINKEN stark rezipiert, wie etwa in den unter Punkt 5 dargestellten Debatten und Beschlüssen um Handlungsformen und inhaltlichen Begründungen des Antisemitismus deutlich wird. Im Übrigen verweisen wir hier weiter auf die Ausführungen von Petra Pau in der Bundestagsdebatte der 11. Sitzung vom 21. Mai 2014 zum "Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus".

Zu Frage 8:

Existieren im Bereich Antisemitismus Netzwerke oder Kooperationen mit anderen Parteien, pädagogischen Einrichtungen oder wiss. Instituten?

Die in den vorhergehenden Punkten genannten und im Anhang aufgelisteten Veranstaltungen wurden im Regelfall mit Kooperationspartnern aus Politik, Wissenschaft, Kultur veranstaltet. Dies entspricht unserem Grundverständnis, wie wir es in unserem Grundsatzprogramm beschlossen haben: "Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit [...]". In diesem Sinne setzen wir uns auch mit Studien etc. auseinander, z.B.:

- Pressemitteilung Petra Pau zur Studie "Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014" vom 4. Juni 2014
- Pressemitteilung Petra Pau zur Studie über Antisemitismus der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) vom 8. November 2013
- Pressemitteilung Petra Pau zur Studie Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über rechtsextreme Einstellungen vom 13. November 2012
- Begrüßungsrede Petra Pau zur Eröffnung des 3. ICCA-Kongress (Interparliamentary Coalition for Combating Antisemitism) in Berlin vom 14. März 2016; Petra Pau ist die repräsentative Vertreterin des Bundestages in der ICAA und hatte diese Konferenz

maßgeblich mit vorbereitet

- Eingangsstatement Petra Pau bei der OSZE-Konferenz Antisemitismus vom 13. November 2014

Die in diesem Jahr wieder erscheinende Mitte-Studie der Leipziger Universität von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler wird erstmals auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit unterstützt und herausgegeben. Dabei handelt es sich um die aktuell detaillierteste Studie zum Antisemitismus, die auch Einstellungen in der Anhängerschaft der Parteien abfragt; leider werden die Studien Wilhelm Heitmeyers "Deutsche Zustände" nicht mehr fortgeführt.

Zu Frage 9:

Bestehen Kontakte zu Parteiinitiativen im europäischen Ausland, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen?

Werden Debatten im Europa-Parlament zum Thema rezipiert?

LINKEN-MdEP Martina Michels ist Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für Israel und in der Inter-parliamentary Coalition for Combating Antisemitism (ICCA). Beim Bericht über den Interkulturellen Dialog des Europäischen Parlaments wurde gegen ihre Position, den Kampf gegen Antisemitismus" explizit mit aufzunehmen, dieser zugunsten eines nicht differenzierenden Rassismusbegriffes gestrichen.

LINKEN-MdEP Conny Ernst ist Mitglied im LIBE-Ausschuss, dessen Themen u. a. Antisemitismus und Antiislamismus sind. Die Fraktion im Europäischen Parlament und die verschiedenen Mitgliedsparteien haben ebenfalls eine Reihe von unterschiedlich ausgebauten Kontakten zu Akteuren in der Region, z. B. Botschaften, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Regional-büros in Tel Aviv und Ramallah, NGOs aus anderen EU-Ländern, kleinere palästinensische Parteien, Fatah, die neue Fraktion des israelisch-arabischen Linksbündnisses in der Knesset.

Zu Frage 10:

Was würden Sie aus Sicht Ihrer Partei zur nachhaltigen Bekämpfung des Antisemitismus empfehlen?

Hier wäre sehr vieles zu nennen, da der Kampf gegen den Antisemitismus als ein Problem der Mitte vielfältige Formen benötigt. Da das den Rahmen einer Antwort übersteigen würde, hier eine Auswahl: Generell treten wir für eine kontinuierliche Finanzierung von Projekten gegen den Antisemitismus ein und haben das in allen unseren Programmen dazu immer wieder bekräftigt, konkret z. B. für die "Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus", die eine ungemein wichtige Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund macht. Gleiches gilt für die Erfassung der Straftaten mit

antisemitischen Motiven oder Handlungsformen, z. B. durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) der mobilen Beratung gegen rechts in Berlin. Die Rahmenpläne für die Fortbildung für Lehrer und Lehrerinnen an Schulen sollten Antisemitismus nicht nur als ein historisches Phänomen des deutschen Faschismus begreifen und aktuelle Aspekte und den neuen Antisemitismus problematisieren. Weiter sollte das jüdische Leben in Deutschland stärker gefördert und der Jugendaustausch mit Israel erweitert werden.

(Abdruck unter Verzicht auf Fußnoten und Literaturhinweise)

Kinder in israelischen Gefängnissen

Annette Groth

Seit dem Sommer verfolge ich intensiv das Schicksal von Shadi Farah, einem zwölfjährigen Palästinenser, der im Dezember 2015 in Jerusalem verhaftet wurde und dessen Prozess seither immer wieder verschoben wird. Shadi wurde gemeinsam mit seinem dreizehnjährigen Freund Ahmad Zaatari festgenommen, nachdem israelische Siedler*innen die Sicherheitskräfte alarmiert hatten – mit der bloßen Begründung, da seien zwei palästinensische Jungen, die doch bestimmt einen Anschlag verüben wollten.

Die Mutter des Jungen, der das Video der Verhaftung genau wie dem Anwalt vorliegt, betont, ihr Sohn habe immer seine Unschuld beteuert, eine Waffe hätten die beiden Jungen nicht bei sich getragen. Nur ein einziges Mal, nach sechs Tagen physischer und psychischer Misshandlung, habe Shadi im Verhör gesagt, er und sein Freund hätten vorgehabt, "etwas" zu machen. Von einem Anschlag war auch da keine Rede; aufgrund des Drucks, der auf dem Jungen lastete, kann die Aussage nicht für voll genommen werden und vor Gericht dürfte sie aufgrund der Folter keine Verwendung finden: Shadis Mutter gibt an, ihr Sohn sei mehrere Tage in Einzelhaft genommen worden. Zudem habe man ihn gezwungen, seine Kleidung auszuziehen, habe diese nass gemacht und ihn gezwungen, sie wieder anzuziehen. Dazu sei ein Ventilator angestellt worden – im Dezember!

Das Schicksal von Shadi Farah stellt – so unglaublich es sich auch anhören mag – keine Seltenheit dar. Derzeit befinden sich etwa 7 000 Palästinenser*innen in israelischen Gefängnissen. 340 davon sind Kinder. In den letzten zehn Jahren sind allein mehr als 7 000 palästinensische Minderjährige von israelischen Sicherheitsbehörden inhaftiert und teils lange im Gefängnis festgehalten worden. Dort werden ihnen die elementarsten Rechte vorenthalten; die israelische Regierung hält sich nicht an internationale Bestimmungen, an die sie eigentlich gebunden wäre, wie z.B. die UN-Kinderrechtskonvention, die Israel 1991 ratifiziert hat und die alle unterzeichnenden Staaten zur Wahrung der Rechte aller Kinder auffordert, also auch der palästinensischen. Seit der Besetzung der

Westbank und des Gazastreifens im Jahr 1967 ist der israelische Staat als Besatzungsmacht für das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung verantwortlich. Dieser Verpflichtung entzieht sich die israelische Regierung genau wie ihre Vorgängerinnen, was sich für die Palästinenser*innen in allen Lebensbereichen niederschlägt – von der rechtlichen Dimension bis hin zur Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern.

Anstatt die palästinensischen Minderjährigen so zu behandeln wie es Kindern gebührt, hat die israelische Regierung zwei völlig unterschiedliche Rechtssysteme etabliert: ein Zivilrecht für die israelische, ein ungleich härteres und willkürlicheres Militärrecht für die palästinensische Bevölkerung. Nach dem Militärrecht können selbst Kinder ab einem Alter von zwölf Jahren zu einer Strafe von bis zu 20 Jahren Haft verurteilt werden. Das Militärrecht hält sich anders als das Zivilrecht eben nicht an die UN-Kinderrechtskonvention. Bereits 16-Jährige werden von den Militärrichtern wie Erwachsene behandelt – im israelischen Zivilrecht gelten Jugendliche dementsprechend erst mit 18 Jahren als volljährig und damit voll strafmündig. Zudem ist bei israelischen Kindern das Alter zur Zeit des Delikts maßgeblich, bei palästinensischen Kindern, die nach dem Militärrecht verurteilt werden, hingegen das Alter bei der Verurteilung. Palästinensische Kinder dürfen bis zu acht Tage festgehalten werden, ohne zwingend einem Richter vorgeführt werden zu müssen – bei israelischen Kindern dürfen es höchstens 24 Stunden sein. Auch dürfen nach dem Militärrecht Verhaftete, auch Kinder, bis zu 90 Tage ohne juristischen Beistand bleiben, nach dem Zivilrecht hingegen darf dieser Zustand eine Dauer von 21 Tagen nicht überschreiten. Die Strafen, die nach dem Militärrecht verhängt werden, sind um ein vielfaches höher als dies nach dem auf Israelis angewandten Zivilrecht der Fall wäre.

In mehreren unabhängigen Studien ist belegt worden, dass Folter und körperliche und psychische Misshandlungen auch gegen Kinder in israelischen Gefängnissen regelmäßig Anwendung finden. Besonders bahnbrechend war diesbezüglich eine Studie von UNICEF ("Children in Israeli Military Detention") aus dem Jahr 2013. Darin wird ausführlich die Situation sowohl während der Verhaftung als auch im Gefängnis, insbesondere während der Verhöre, wo Folter mit dem Ziel, an Informationen und/oder ein Geständnis zu kommen, am häufigsten stattfindet, beschrieben. Demnach wird es bei inhaftierten Kindern in 90% der Fälle abgelehnt, diese gegen eine Kaution frei- und damit in kinderwürdige Verhältnisse zu entlassen. Besuche von Familien werden regelmäßig abgelehnt oder völlig unzumutbar verschleppt. Ohnehin sind Besuche für die Familien von Inhaftierten vielfach eine Herausforderung – nicht zuletzt weil die israelische Regierung und die israelischen Sicherheitsbehörden Gefangene entgegen internationalen Bestimmungen ins israelische Kernland verlegen und damit einen Transfer der Bevöl-

kerung vornehmen, der gegen die Genfer Konventionen verstößt und darüber hinaus oft eine hohe räumliche Entfernung zwischen dem Inhaftierten und seinen Verwandten schafft. Aber nicht nur die Familien der inhaftierten Kinder werden ferngehalten; sie sehen auch ihre Anwält*innen in der Regel nur zu den Gerichtsterminen. Gerade während der Verhöre ist die Abwesenheit der Eltern und des Rechtsbeistands fatal: nicht nur würden die Gewaltandrohungen während der Verhöre und die tatsächlichen tätliche Übergriffe durch eine unterstützende Anwesenheit deutlich erschwert – die Kinder wären in den meisten Fällen auch deutlich gefestigter und selbstsicherer, wenn sie emotional durch das Beisein ihnen vertrauter Personen unterstützt würden.

Hinzukommt, dass die wenigsten Kinder von den israelischen Sicherheitsbehörden über ihr Recht auf Verweigerung der Aussage informiert werden. Viele von ihnen geben stattdessen Taten zu, die sie nicht begangen haben – in der Hoffnung, so die Haftzeit zu verkürzen. Infolge verbaler und tätlicher Attacken und Demütigungen sowie Drohungen, man werde gegen die Betroffenen selbst oder gegen ihre Familien Gewalt – auch sexueller Natur – anwenden oder gar Morde verüben, sind viele Gefangene und allen voran emotional noch nicht gefestigte Kinder, gebrochen und gestehen Taten, die sie nicht begangen haben. Die körperlichen Misshandlungen tun ihr Übriges: Auch Kinder werden gefesselt, in Isolationshaft genommen, müssen Sträflingskleidung tragen, leiden unter Wasser- und Nahrungsentzug, ihnen wird eine angemessene medizinische Versorgung vorenthalten, teilweise werden sie über Stunden daran gehindert, die Toilette aufzusuchen. Es gibt Berichte von Kindern, die mit verbundenen Augen gezwungen wurden, Urin zu trinken.

Die UNICEF-Studie kommt zu dem Ergebnis: "Die Misshandlung von palästinensischen Kindern in israelischen Gefängnissen scheint weit verbreitet, systematisch und institutionalisiert zu sein. (...) Das Muster der Misshandlung beinhaltet die Verhaftung von Kindern zuhause zwischen Mitternacht und fünf Uhr morgens durch schwerbewaffnete Soldaten, die Praxis, Kindern die Augen zu verbinden und ihre Hände mit Plastikfesseln zu fixieren, physische und verbale Misshandlung während des Transports zum Ort des Verhörs (...), die Befragung mittels physischer Gewalt und Drohungen (...) und fehlender Beistand durch Anwälte oder Familienmitglieder während des Verhörs." Bestätigt wird die Vielzahl an Misshandlungen gegen palästinensische Kinder auch durch die im April 2016 erschienene Studie "No way to treat a child" von Defence for Children International.

Die Folgen für die Betroffenen sind langwierig und wirken oft ein Leben lang nach. Kinder und Jugendliche, die inhaftiert waren, werden nicht nur während ihrer Haftzeit daran gehindert, ihre Schulausbildung fortzuführen, sondern brechen nach ihrer Freilassung auch überproportional häufig ihre Schulausbildung ab.

Physische Folgeschäden bleiben oft unbehandelt, verarbeitet werden sie in den wenigsten Fällen.

Dass ein zwölfjähriger Junge wie Shadi Farah, der laut seiner Mutter zum Zeitpunkt seiner Verhaftung noch am Daumen nuckelte, unter solchen Umständen gesteht, was auch immer sein Gegenüber hören will, ist nicht schwer vorzustellen. Der Militärstaatsanwalt fordert für den Jungen eine Strafe von 3 ½ Jahren Haft, ohne dass Beweise vorgelegt worden wären oder ein Zeuge die Version der Militärstaatsanwaltschaft bestätigt hätte. Der einzige "Beweis" ist ein unter Folter erpresstes Geständnis. Selbst wenn die beiden tatsächlich eine Straftat begangen oder eine solche vorgehabt hätten, wären weder ihre Behandlung, noch die gegen sie beantragten Strafen verhältnismäßig. Hier wird klar gegen internationale Bestimmungen verstoßen. Die Behandlung der jungen Generationen durch die israelische Regierung und die israelischen Sicherheitsdienste ist skandalös und muss vehement kritisiert werden, gerade weil es sich gegen Kinder richtet, die eigentlich Anspruch auf besonderen Schutz haben!

Je mehr die israelische Regierung und die israelische Gesellschaft sich radikalisieren, desto mehr schwinden die Chancen auf eine Änderung dieses Systems und der bereits institutionalisierten Praktiken. Der Blick eines Großteils der israelischen Bevölkerung auf die Palästinenser*innen wird immer abwertender. In einer vor kurzem veröffentlichten Umfrage des "Pew Research Centre" sprachen sich 48% der befragten jüdischen Israelis dafür aus, die Palästinenser*innen auszuweisen. Eine Mehrheit ist dafür, israelische Jüd*innen besser zu behandeln als Araber*innen, zudem spricht sich eine große Mehrheit für getrennte Straßen und gegen ein Wahlrecht für Palästinenser*innen aus, sollte Israel die Westbank annektieren. Der aus dem Kabinett Netanjahus "dröhnende" Rassismus ist inzwischen an der Tagesordnung. Da ist eine Ministerin "stolz, eine Faschistin zu sein", und bezeichnet afrikanische Migrant*innen als "Krebs in unserem Körper". Andere Kabinettsmitglieder rufen zur "Vernichtung" der Palästinenser*innen auf oder verteidigen Mörder – weil ihre Opfer Palästinenser*innen waren und damit offensichtlich als vogelfrei gelten. Die traurige Wahrheit ist, dass mit dem Vorherrschen solcher Meinungen die Existenz zweier Militärsysteme genauso in Einklang steht wie die harsche Bestrafung von Palästinenser*innen – und eben auch schon von Kindern – für Delikte, die sie oft nicht begangen haben. Haft wird als Kollektivstrafe für eine ganze Bevölkerung missbraucht – auch das steht in eklatantem Widerspruch zu internationalem Recht.

Es ist die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit dem Völkerrecht wieder zur Geltung verholfen wird. Insbesondere der Schutz von Kindern muss so schnell wie möglich durchgesetzt werden, die jungen Generationen haben ein Recht auf Schutz!

Auf meine Anfrage zur Situation von Shadi Farah an die Bundesregierung bekam ich eine Standardantwort. Die Bundesregierung verfolge "die Lage der palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen, vor allem die minderjähriger Gefangener, sehr aufmerksam." Der Fall des Zwölfjährigen werde zudem angesprochen – sowohl mit der israelischen Botschaft in Berlin als auch vor Ort in Israel. Man dränge die israelischen Behörden "auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards". Shadi Farah und den vielen anderen Minderjährigen hat dies bislang wenig genutzt. Die israelische Regierung lässt sich von der Gesprächsführung deutscher Diplomaten*innen und Regierungsmitglieder entweder nicht überzeugen – oder aber sie haben ihre Forderungen bislang nicht nachdrücklich genug vertreten. Die Bundesregierung muss endlich ihrer Pflicht nachkommen, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, wo auch immer sie begangen werden. Das gilt auch für "befreundete" Staaten und damit auch für Israel, zu dem Deutschland besondere Beziehungen unterhält.

In diesem Zusammenhang möchte ich an das EU-Israel-Assoziierungsabkommen erinnern, dessen Artikel 2 alle Vertragspartner zur Wahrung der Menschenrechte und zur Einhaltung demokratischer Grundprinzipien verpflichtet. So lange sich die israelische Regierung nicht an das Völkerrecht hält und das Recht der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat missachtet, muss das Assoziierungsabkommen ausgesetzt werden. Erst wenn die israelische Besatzung in den palästinensischen Gebieten sowie die Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser*innen beendet werden, darf das Abkommen wieder in Kraft treten!

Annette Groth, MdB DIE LINKE

Zur Debatte über Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS)

1.

Eine jüdische Stimme: Rolf Verleger

Sehr geehrter Herr Kemmers, sehr geehrte Damen und Herren,

ich schreibe Ihnen, um Sie zu bitten, Ihre Entscheidung zu revidieren: Lassen Sie bitte die Veranstaltung mit Herrn Barkan wie ursprünglich vereinbart stattfinden.

Dies schreibe ich Ihnen als jüdischer Deutscher. Ich bin 1951 geboren, als Sohn zweier Überlebender der Vernichtung des Judentums in Deutschland und Europa. Meinem Vater war die Auschwitznummer eingebrannt,

seine Frau und seine drei Kinder hatten Auschwitz nicht überlebt. Meine Mutter war mit ihren Eltern aus Berlin nach Estland deportiert worden; sie kam allein zurück. 1948 heirateten meine Eltern und begründeten eine neue Familie. Zahlreiche meiner Verwandten, väterlicherseits und mütterlicherseits, waren umgebracht worden.

Kann die Tatsache, dass wir europäischen Juden Opfer eines großen Unrechts wurden, nun Juden in Israel berechnen, Anderen Unrecht zu tun? Immer mehr Juden stellen sich diese Frage und beantworten sie mit "nein". Viele der in Deutschland lebenden Juden (dank der Einwanderung aus der Ex-Sowjetunion und dank der Zuwanderung junger Israelis nach Berlin nun ca. 200.000, davon ca. 100.000 in jüdischen Gemeinden organisiert) und insbesondere unsere Repräsentanz (im "Zentralrat") sind der Meinung, dass diese Diskussion intern im Judentum zu führen sei. Aber viele andere sind wie ich dezidiert der Meinung, dass weil die Sache in Israel so schief läuft, das Judentum als Ganzes dadurch auf Abwege gerät, in ein gefährliches Fahrwasser von Nationalismus und Fanatismus.

Das Mittel, das die Zivilgesellschaft hat, um sich gegen Unrecht zu wehren, ist es, gewaltlos und massenhaft Aktionen zu initiieren, die den Machthabern tatsächlich oder auch nur symbolisch schaden. Das klassische Mittel dazu ist Boykott, wie von Gandhi, Martin Luther King, und Nelson Mandela vorgelebt. Dies hat nichts mit Antisemitismus zu tun.

Entgegen dem von Unterstützern der israelischen Unrechtspolitik gepflegten Gerücht entsteht Antisemitismus nicht dadurch, dass öffentlich Israel kritisiert wird, sondern genau deswegen, weil Israel von unseren Politikern öffentlich nicht kritisiert wird: Bei Gelegenheiten wie dieser kann die Bevölkerung zu der Meinung kommen, dass für unsere offizielle Politik Menschenrechte teilbar seien: Sie gelten überall, nur nicht wenn sie von Juden verletzt werden. Das kann doch wohl nicht wahr sein für meine jüdische Tradition, die sich stets als Leuchtfeuer der Moral ansah. Ich bin darüber entsetzt, und daher wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Entscheidung revidieren.

Es gibt Vorbilder: Der Tübinger OB Boris Palmer (Die Grünen) wurde 2009 von dem auf Antisemitismusvorwürfe spezialisierten Journalisten Benjamin Weinthal und seinem Gesinnungsfreund Henryk Broder angegriffen, weil er das Bundesverdienstkreuz an die jetzt in Tübingen lebende israelische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer verliehen hatte. Palmer stand das durch und sagte Broder auch deutlich seine Meinung dazu.

Der Jenaer OB Albrecht Schröter (SPD) wurde von Weinthal bereits mehrfach angegriffen, weil OB Schröter (wie ich) die Aktion "Obsttüte" von pax christi unterstützt, in der - gemäß jetzt geltenden EU-Richtlinien - eine eindeutige Auszeichnung von Produkten aus den Siedlungsgebieten angemahnt

wurde. OB Schröter stand das durch und befördert jetzt Städtepartnerschaften zwischen Deutschland, Palästina und Israel.

Im letzten Jahr sagte der damalige Neusser OB Herbert Napp (CDU) eine Veranstaltungsreihe der Neußer VHS zum Nahostkonflikt wegen angeblicher Einseitigkeit ab. Diese Entscheidung wurde vom Kulturausschuss der Stadt Neuss wieder außer Kraft gesetzt, so konnte u.a. ich dort meinen geplanten Vortrag halten.

Dieses Jahr wollte die Bayreuther OBin Brigitte Merker (Freie Wähler, unterstützt von SPD und Grünen) ihre ursprüngliche Entscheidung revidieren und der Friedensorganisation Code Pink nicht den Wilhelmine-Preis der Stadt Bayreuth verleihen, wegen deren Kritik an Israels Kriegs- und Gewaltpolitik. Diese Revision wurde dann wiederum vom Stadtrat Bayreuth rückgängig gemacht: Code Pink bekamen den Preis.

Näher an Oldenburg: Auf Druck des erwähnten Herrn Weinthal sagte das Bremer Bürgerhaus Weserterrassen im Januar 2016 eine Buchvorstellung des menschenrechtlich orientierten Journalisten Arn Strohmeier ab. Auch diese Entscheidung wurde revidiert: Strohmeier stellte sein Buch "Antisemitismus - Philosemitismus und der Palästina-Konflikt. Hitlers langer verhängnisvoller Schatten" am 7.4. mit einem Vortrag in den Weserterrassen vor.

Es würde mich sehr freuen, wenn auch Sie entsprechend für Menschenrechte, für Meinungsfreiheit, für die Unterdrückten und gegen die Unterdrücker entscheiden würden. Sie würden, wie oben gesagt, dem Judentum damit einen Dienst erweisen. Es gab und gibt ein Judentum jenseits des Nationalismus.

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Rolf Verleger, Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland 2006-2009

2. **Ein christliche stimme: Erzbischof em. Desmond Tutu an Christinnen und Christen in Deutschland**

OFFENER BRIEF an den Deutschen Evangelischen Kirchentag - Kapstadt, 30. April 2015

Liebe Schwestern und Brüder in Christus

Ich sende euch allen herzliche Grüße aus Kapstadt. Der Deutsche Evangelische Kirchentag ist eine besondere Organisation, die einen speziellen Platz in meinem alten Herzen einnimmt. Er hat eine beispielhafte und prophetische Rolle gespielt, indem er das moderne Deutschland mit seiner kraftvollen Wirtschaft immer wieder freundlich angestoßen hat, seine Macht aktiv und mitfühlend für Gerechtigkeit einzusetzen. ... Natürlich verurteilen wir diejenigen, die von Palästina

aus Raketen auf zivile Ziele in Israel abfeuern, aber Israels militärischer Angriff auf Gaza im letzten Jahr war nicht nur auf grausame Weise unverhältnismäßig, sondern auch eine brutale Demonstration der Verachtung, die Israel gegenüber dem palästinensischen Volk an den Tag legt.

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

... Als Christen haben wir die Pflicht, an der Seite der Unterdrückten, der Geknechteten, der Armen, der mit Vorurteilen Belasteten und ungerecht Behandelten zu stehen – IMMER. Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrücker. Immer. Ergriff der Prophet Elia nicht Partei für Naboth gegen Ahab, den König Israels, als dieser sein Land stahl? Heißt es nicht in Psalm 99,4: „Dir, dem König gehört die Macht, und du kümmerst dich um das Recht. Du hast die Regeln für unser Leben aufgestellt, in Israel Recht und Ordnung festgelegt.“

... Der Zentralkomitee des ÖRK veröffentlichte im Juli letzten Jahres eine „Erklärung zu wirtschaftlichen Maßnahmen und christlicher Verantwortung gegenüber Israel und Palästina“, in der er feststellt: Es bedarf mutiger und kreativer Initiativen der Kirchen, „um bessere Anwälte der Gerechtigkeit zu werden im Blick auf wirtschaftliche Probleme, wie sie sich aus den andauernden Verletzungen internationalen Rechts in den besetzten Gebieten ergeben.“ In der Konferenzerklärung „Leben in Würde – Fünf Jahre Kairos Palästina“ (2014) heißt es: „Wir verpflichten uns, sowohl in unseren Kirchen wie auch in unseren Gesellschaften, den Kairos-Aufruf zu unterstützen, der die Forderungen der palästinensischen Zivilgesellschaft aufnimmt, Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen (BDS) als angemessene gewaltfreie Mittel kreativen Widerstands einzusetzen, bis die illegale israelische Besatzung überwunden ist.“ BDS hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Macht Geschäfte mit Juden, organisiert etwas mit ihnen, liebt sie. Aber unterstützt nicht die – militärische, wirtschaftliche oder politische – Maschinerie eines Apartheidstaates. Wir können keine

normalen Geschäfte machen, denn die Bedingungen im Heiligen Land sind vollkommen anormal. Bitte sagt eurer Regierung, dass besorgte Worte allein nicht genügen. Sie ändern überhaupt nichts. Die angemessene Antwort für die Bekämpfung der Ungerechtigkeit sind reale Schritte, um ihr zu begegnen und sie zu überwinden. Richard von Weizsäcker, ehemaliger deutscher Bundespräsident und Präsident des Kirchentages, schloss sich in einem Brief an die EU, der von vielen älteren Staatsmännern Europas unterschrieben wurde, diesen Forderungen an.

Hütet euch vor Antisemitismus und allen anderen Formen von Rassismus, aber hütet euch genauso davor, zum Schweigen gebracht zu werden von jenen, die euch wegen der Kritik an der unterdrückerischen Politik Israels als Antisemiten abstempeln wollen. Ich bitte euch inständig, aufmerksam auf das zu hören, was im Kairos-Palästina-Papier gesagt wird. Unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land haben nichts von ausgewogenen Synodenerklärungen, die in gleicher Weise Sympathie mit dem Unterdrücker und den Unterdrückten zum Ausdruck bringen. Sie erwarten von uns alle erdenkliche Hilfe, ihre kollektive Freiheit zurückzugewinnen. Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann. Danke und Gott segne Euch.

Herzliche Grüße Erzbischof Emeritus Desmond Tutu,
Kapstadt/ Südafrika

(deutsche Übersetzung: Dorothea und Gerhard
Dilschneider)

Erzbischof Desmond Tutu hatte eine führende Rolle im langjährigen Kampf zur Überwindung des Apartheidsystems in Südafrika. Dafür wurde er 1984 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Seinen OFFENEN BRIEF richtet Desmond Tutu über den Deutschen Evangelischen Kirchentag an alle Christinnen und Christen in Deutschland.

Das englische Original und die deutsche Übersetzung des Offenen Briefes gibt es bei www.kairoseuropa.de als Download.

3. **Ein Stimme aus der evangelischen Kirche: Gedanken zur Kampagne Boykott, Desinvestition, Sanktionen gegen Israel**

Christian Kaffa bezieht im Arbeitsheft zum Israel-sonntag Position zur BDS-Kampagne. Er macht drei Zeile aus, die mit dem Boykott, dem Desinvestment und den Sanktionen erreicht werden sollen: Israel soll die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißen, zweitens soll das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennen und schließlich sollen die palästinensischen Flüchtlinge das

Recht erhalten, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde.

Zur ersten Forderung sagt Staffa, dass sie definitiv zu unterstützen sein und auch in Israel mehrheitsfähig sei, wenn es wirklich nur um die Gebiete jenseits der grünen Linie gehe. „Hier würde ein – schon seit geraumer Zeit auch in Israel in einem sehr geringen Teil der Bevölkerung getragener – Boykott gegen Waren aus den besetzten Gebieten vielleicht etwas ausrichten.“ Doch sein Einwand lautet: „Die BDS-Kampagne ist wenig bezogen auf die besetzten Gebiete, insbesondere wenn der Boykott sich auf Einladungen israelischer WissenschaftlerInnen oder auf Waren allgemein bezieht, oder Paul Simon für einen Auftritt in Tel Aviv attackiert wird, oder die U 21 (Fußballnationalmannschaft) aufgefordert wird, nicht in Israel zu spielen.“ Er fragt aber, ob es unverhältnismäßig sei, wenn gerade in dieser Region mit so viel mehr menschenfeindlichen und mörderischen Systeme, die tatsächlich auch ungleich mehr den Weltfrieden bedrohen, ein Boykotteines immerhin doch sehr demokratischen Landes (innerhalb der Grenzen von 1967), das mit der Besetzung tatsächlich Unrecht begeht. „Wären nicht Boykotte der drei weltweit größten Waffenlieferanten, darunter die Bundesrepublik, erwägenswerter?“

Er möchte nicht davon ablenken, dass Siedlungsbau und Besetzung der Westbank völkerrechtswidrig seien. Aus wenn bei den bisherigen vielversprechenden Ansätzen wie der Genfer oder der Arabischen Friedensinitiative, den Verhandlungen von Taba 2001 oder 2007 in Annapolis immer wieder Gegenkräfte auf beiden Seiten mobilisiert wurden, gälte es trotzdem da anzuknüpfen, um der Besetzung ein Ende zu machen. Sein Fazit: „Ein Boykott wird in der israelischen Gesellschaft im Wesentlichen Widerstände hervorrufen und dem Ziel nicht dienlich sein, ganz abgesehen von jeder historischen Konnotation, die so gerne als deutsches »Problem« gesehen wird.“

Die zweite Forderung sein wichtig zu vertreten, gleichwohl nun wirklich bezogen auf die Umgebung Israels wie z.B. Libanon, wo die Palästinenser Menschen zweiter wenn nicht dritter Klasse sind und doch wohl auch nach Europa hin, wo struktureller Rassismus nicht beseitigt ist. „Die Flüchtlingslager stellen ein großes von der UNO mitgetragenes Unrecht dar, bei dem die Menschenwürde und Verwirklichung gleicher Rechte der BewohnerInnen seit Jahrzehnten missachtet werden.“ Er kritisiert, dass es wohl ein geschichtlich einmaliger Fall von Wanderungsbewegungen und kriegerischen Vertreibungen sei, dass vier Generationen Flüchtlinge in Lagern von der UNO »ausgehalten werden«, um ihr Rückkehrrecht, allerdings unter den formulierten Bedingungen (UNO Res 194) aufrecht zu erhalten.

Zentral ist für Christain Staffa das theologische Argument. Dazu verweist er auf Prof. Moshe

Zimmerman aus Tel Aviv, der bei einer Diskussion eines Vortrages von Dick Boer zur theologischen Bejahung des Landes Israels protestierten: »Ihr unterstützt mit der Theologisierung des Landes Menschen bei uns, die keinen Frieden wollen.« Staffa meint, dass das im christlich-jüdischen Gespräch mühsam Erreichte von einem langjährigen und unermüdlichen Unterstützer des deutsch-israelischen Gesprächs so negativ gesehen werden kann, soll zu denken geben. „Für unsere Situation und vor dem Hintergrund unserer anti-jüdischen Tradition scheint mir wichtig, an der Sehnsucht nach Manifestierung oder Materialisierung von Gottes Gerechtigkeit festzuhalten und die zeigt sich zuerst in Verheißung und Geschenk des Landes Israel. Diese Botschaft an Israel vorbei oder auf Kosten Israels zu universalisieren, wie es ein Herr Vollmer vom Internationalen Versöhnungsbund getan hat oder Marc Ellis tut, ist theologisch nicht zulässig bzw. fordert theologisch qualifizierten Widerstand.“ Das dürfe aber nicht heißen, den Anspruch auf ein Großisrael salomonischen Ausmaßes zu unterstützen. „Aber doch weist diese theologische Einsicht auf eine Glaubensrelevanz der Existenz Israels und auf eine alte Geschichte der Diskriminierung der Schwester im Glauben, dem Judentum.“

Er mahnt abschließend: „Und außerdem sollten wir als Kirche in der ganzen Welt und nicht nur als evangelische Christen in Deutschland sehr aufmerksam und kritisch gegenüber Initiativen sein, die wie die BDS-Kampagne stark verschwimmende Grenzen in Richtung Bestreitung des Existenzrechtes Israels haben. Das schließt Kritik an der israelischen, aber eben auch an der Hamas und Fatah, an der syrischen und iranischen Regierungspolitik sowie einen nüchternen Blick auf die extrem gewaltförmige Situation um Israel, nicht aus sondern ein. Das genau tut die BDS-Kampagne nicht und unterstützt damit die Kriegslogik und nicht den Frieden.“

Dr. Christian Staffa ist Theologe und Studienleiter »Demokratische Kultur und Kirche« in der Evangelischen Akademie zu Berlin. Er ist Mitglied des Kuratoriums Instituts Kirche und Judentum, Vorstandsmitglied der AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag.

Beitrag aus dem Arbeitsheft entnommen: Liturgie für den Gottesdienst am Israelsonntag 2015, Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. | Auguststraße 80 | 10117 Berlin in: www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=52177

4. Deutschlandweiter BDS-Aufruf:

Israels Apartheids- und Kolonialpolitik muss gestoppt werden durch Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS)

Schließt Euch der weltweiten gewaltfreien BDS-Bewegung an!

Dieser Aufruf richtet sich an die deutsche Zivilgesellschaft, vor allem an die hiesigen Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an alle Gruppen und Personen, die sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtet fühlen.

Wir unterstützen daher den Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005 zur gewaltfreien und weltweiten BDS-Bewegung (www.bds-kampagne.de), die durch Boykott, Desinvestment (Kapitalentzug) und Sanktionskampagnen Israel veranlassen will, seine Kolonialpolitik aufzugeben.

Ziele dieser Bewegung sind:

1. *Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer.*
2. *Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung*
3. *Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.*

Die israelische Regierung betreibt eine völkerrechtswidrige und kolonialistische Politik zu Lasten der PalästinenserInnen, die sie sowohl in Israel als auch in den Besetzten Gebieten Palästinas unter Apartheid leiden lässt.

Alle bisherigen zum Palästinakonflikt getroffenen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie Konferenzen und Abkommen haben Israels Regierungen nicht von ihrer expansionistischen und Menschenrechte verachtenden Politik abbringen können. Es fehlt vor allem an der Bereitschaft der Bündnispartner Israels, der USA sowie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, den erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben. Druck aber tut Not.

BDS-Kampagnen richten sich vor allem gegen die israelische Politik der Kolonisierung, Apartheid und Besatzung. Sie umfassen Aktionen gegen die wirtschaftliche, militärische, wissenschaftliche, kulturelle und sonstige gesellschaftliche Zusammenarbeit des Auslands mit Israel. Viele Palästinenser-

Innen, aber auch Israelis betrachten mittlerweile BDS als eine wirksame Strategie gegen die verbohnte Politik Israels.

Wir, VertreterInnen der deutschen Zivilgesellschaft, werden BDS-Aktionen durchführen, bis Israel das Völkerrecht einhält und die unveräußerlichen Rechte der PalästinenserInnen einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung anerkennt.

Wir sind der Überzeugung, dass auch die deutsche Zivilgesellschaft aufgerufen ist, sich wesentlich stärker als bisher an der weltweiten BDS-Kampagne zu beteiligen, ähnlich wie es in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern der Fall ist.

Deutschland fördert eine stark privilegierte wirtschaftliche, militärische und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Israel und begründet diese mit seiner besonderen historischen Verantwortung.

Doch solange Israel diese Zusammenarbeit auch zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen gegen die PalästinenserInnen missbraucht, macht sich unser Land dieser Verletzungen mitschuldig.

Verantwortungsvoller Umgang mit unserer Geschichte bedeutet für uns, sich dieser die palästinensischen Grundrechte missachtenden Zusammenarbeit zu widersetzen. Das ist eine für uns maßgebliche Schlussfolgerung aus der deutschen Geschichte.

In diesem Engagement sehen wir uns auf der Grundlage der von palästinensischer Seite initiierten und weltweit vorangetriebenen BDS-Bewegung auch durch das Engagement jüdischer Gruppen in Israel und im Ausland bestärkt.

Wir, die Unterzeichnenden dieses Aufrufes, fordern hiermit weitere Gruppen und Personen der deutschen Zivilgesellschaft dazu auf, sich der internationalen BDS-Kampagne anzuschließen.

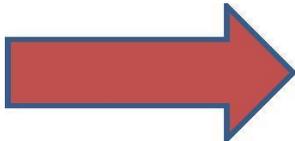
Beschluss des BDS-Koordinierungsgremiums in Deutschland – Köln, den 20. Juni 2015

Dem Aufruf schließen sich folgende Gruppen an (aktualisiert 13. November 2016):

u.a. Arbeitsgemeinschaft Palästina Frankfurt, BDS-Gruppe Bonn, BDS-Gruppe Bremen, BDS-Gruppe Nürnberg, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. mit Regionalgruppen in: Bremen, Düsseldorf, München, Kassel, Düsseldorf, Köln, Ruhrgebiet, Nordrhein-Westfalen (Süd), Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Oldenburg, Osnabrück und Trier, Deutsch Palästinensischer Frauen Verein e.V. Hamburg, DIE LINKE LAG Nahost Niedersachsen, Europäische Allianz für die Solidarität mit den Palästinensischen Gefangenen e.V., Frauen Wege Nahost Bonn-Köln, Jüdisch Palästinensische Dialoggruppe München, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V. – Deutschland, Palästina Arbeitskreis im Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden, Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg,

HINWEIS

Jahresmitgliederversammlung 2017 der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) linke Christinnen und Christen in Hessen:



Ort: Frankfurt/M

Zeit: Samstag, 06. Mai 2017

Thema: Wird die soziale Frage von rechts beantwortet?

Bitte merkt Euch den Termin schon einmal vor. Die Einladung mit Programm folgt rechtzeitig.

Vorschau – Nächste Ausgabe micha.links:

Sommer 2017 – 2/2017

Redaktionsteam:

Hartmut Futterlieb, Martin F. Herndlhofer, Bruno Kern, Gerhard Kern, Christoph Rinneberg Franz Segbers, Katja Strobel, Stefanie Wahl.

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) LINKE CHRISTINNEN und CHRISTEN in Hessen.

Sprecher: Dr. Franz Segbers

Impressum und kostenfreier Bezug über:

benno.poertner@die-linke-hessen.de

[1.3.2023] **V. i. S. d. P.:** Franz Segbers, mail@franz-segbers.de und Helge Meves, mail@helgemeves.de

Internet: eingestellt unter der Webadresse: <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/michalinks/>